3.3. Planung und Bau der sozialistischen Stadt (1955 - 1970)

Zwischen der 1. Baukonferenz der DDR im April 1955 und dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 vollzieht sich in der DDR ein radikaler und nachhaltiger Wandel in der Orientierung von Städtebau und Architektur. Das findet seinen Ausdruck in den umfassenden "Plänen" für Territorien, Städte, Wohn- oder Industriekomplexe. Es verräumlicht sich in den nach Typenprojekten errichteten Gebäuden und Ensembles, aber vor allem in den veränderten Raumkonfigurationen der Stadtzentren und Stadtstrukturen. Dieser Vorgang läßt sich in der Aufbaustadt Magdeburg, die nach Maßgaben der Regierung der DDR als Zentrum des Maschinenbaus und Bezirksstadt entwickelt wird, besonders deutlich ablesen und anhand der Plandokumente und Bauphasen in den späten 50er und 60er Jahren bis hin zu wichtigen Einzelprojekten nachzeichnen.

Dabei können in den ersten Wohnkomplexen und ausgewählten Bauten im Zentrum beinahe paradoxe Parallelitäten zur internationalen Nachkriegsmoderne und zur Stadtentwicklung in Westdeutschland beobachtet werden. Zugleich verstärkt sich über die Einflußnahme zentraler Planungsinstitutionen der DDR die Orientierung an Baumethoden und Planungsleitbildern aus der Sowjetunion. Merkmale dieser von einer wechselvollen politischen und theoretischen Debatte auf drei Parteitagen der SED und insgesamt fünf Baukonferenzen der DDR begleiteten städtebaulichen Etappe (vgl. Dokumente 3 bis 7) sind

- die Darstellung der Konzepte und Ideen in städtebaulichen Modellen und Schaubildern;
- das absolute Primat des formellen und damit bestimmenden Planes im Sinne einer volkswirtschaftlichen Planung;
- die Realisierung der territorialen und städtebaulichen Pläne durch Ingenieure, Technologen und Ökonomen;
- die Typisierung des Wohnungsbaus und die Ästhetik der mit industriellen Bauweisen errichteten Gebäude als stadtbildprägendes Moment;
- die zunehmende Unverbindlichkeit und Abstraktion der Straße im öffentlichen Raumsystem der Stadt durch die Errichtung von Typenbauten und Abstandsregelungen;
- die Wahrnehmung und Reflektion von Stadt und Stadtentwicklung in einer Polarisierung zwischen repräsentativer Selbstdarstellung des politischen Systems im Plan, Modell und Bild sowie den individuellen Erfahrungen mit realen Lebensverhältnissen und Stadtbildern.

Diese Phänomene finden um 1965 mit der Herausgabe von "Neuen Grundsätzen der Planung und Gestaltung der Städte in der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus" durch die Deutsche Bauakademie (vgl. Dokument 7) ihren rhetorischen Ausdruck. Damit reagiert die offizielle Städtebaupolitik der DDR auf die Forderungen des VI. Parteitages der SED im Jahre 1963 nach einem "Neuen System der Planung und Leitung" in der Gesellschaft, das in einer veränderten Gliederung der Planungsinstitutionen auf der Ebene der Bezirke und durch die Bildung von sieben Industrieministerien besiegelt wird. Zugleich wird eine Umformung des städtebaulichen Leitbildes mit Forderungen nach Weiträumigkeit, kompakten und vielgeschossigen Anlagen, nach einer Konzentration auf die Industrie als städtebildenden Faktor und die Prioritätensetzung des Wohnungsbaus festgeschrieben.

Der Präsident der Deutschen Bauakademie, Gerhard KOSEL bringt den wachsenden Abstraktionsgrad städtebaulicher Pläne und Planungen in einem Referat zur 13. Plenartagung seiner Institution im Oktober 1964 zum Ausdruck, in denen "jedes enge, ressortmäßige Herangehen ... nur vom Standpunkt des Bauspezialisten oder des Interessenvertreters eines Industriezweiges oder eines Lokalpatrioten nie zur Ausarbeitung eines optimalen Stadtplanes führen"[35] kann. Mit dem Verweis auf verschiedene Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrats der DDR zu Bebauungskonzepten und Bauvorhaben in den Stadtzentren[36] fordert der Minister für Bauwesen, Wolfgang JUNKER, zur 4. Baukonferenz der DDR im Frühjahr 1965 eine wesentlich konsequentere Durchsetzung der Typisierung des Bauens in Verbindung mit Wirtschaftsverträgen. Das findet in verschiedenen Verordnungen[37] ihren Ausdruck, die vor allem der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung durch ihre Eingliederung in die staatliche Plankommission den Rang eines "städtebaulichen Generalprojektanten" zumessen. Der Kommentar: "Wir kommen damit von der Unverbindlichkeit weg und die Städtebauer tragen die Verantwortung bis zur Fertigstellung voll nutzbarer Ensembles und Komplexe"[38] wirkt dabei angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mangelhaften Bereitstellung von Investitionsmitteln durch die Regierung der DDR auch für die Entwicklung in Magdeburg wie ein Anachronismus.

[35] Kosel, G., 1965, S. 36

[36] 1962 auch für Magdeburg

[37] vgl. Junker, W., 1965, S. 70; Hier werden genannt: Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen vom 25. 9. 1964, Grundsätze über die grundlegende Veränderung der Arbeitsweise in der bautechnischen Projektierung vom 5. 11. 1964, Richtlinie zur Arbeitsweise der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung vom 17. 9. 1964 und die Direktive für den weiteren Aufbau der Stadtzentren vom 22.10. 1964

[38] ebenda

"Schneller, besser und billiger bauen" - Zur Industrialisierung des Wohnungsbaus

Um den Jahreswechsel 1954/55 deuten sich bei der Bebauung auf der Nordseite des Zentralen Platzes wachsende Schwierigkeiten in der Umsetzung und Finanzierung der großzügigen Gebäudegrundrisse an, die dem permanenten Einfluß der Debatte um die Fassadengestaltung und Raumwirkung unterworfen sind. Der Chefarchitekt von Magdeburg, Johannes KRAMER, weist deshalb in einem Beitrag in der Deutschen Architektur darauf hin, daß auch für größere Wohnungen Typen geschaffen werden können, wie sie sich in den Randgebieten der Stadt bereits eingebürgert haben[39]. Damit begründet er zugleich die Realisierung von kleineren Wohnungen im Block E auf der Südseite des Platzes. Eine solche Umorientierung stimmt mit den Kernaussagen der kritischen Rede Nikita CHRUSCHTSCHOWS auf der Unionskonferenz der Bauschaffenden der UdSSR im Dezember 1954 in Moskau (vgl. Dokument 3) zu den verschwenderischen Bauformen an den repräsentativen Magistralen und Plätzen überein. Seine Forderungen nach

[39] vgl. Kramer, J., 1955, S. 4

Abb. 50 Anwendung der Großblockbauweise für ein Wohngebäude an der Morgenstraße, 1956



Abb. 49 Großblockbauten (M-Q) an der Pappelallee im Wohnkomplex Nordpark 1957/58

NR.	BEZEICHN.	GEGENSTAND	STCK-ZAHL	BETON-GÜTE	DARSTELLUNG	BEMERKUNG	G1/BG BL.NR.
1.	A1 - A5	AUSSENWAND-ELEMENTE 300 mm	5	B 60	A1 A2 A3 A4 A5	ZIEGELSPLITTBETON, ZU ERREICHENDES γ VON 1,6 t/m³	2
2.	AR1 - AR3	RINGBALKENELEMENTE DER AUSSENWÄNDE 300 mm	3	B 160	AR1 AR2 AR3	BETONSTAHL I ZIEGELSPLITT	3
3.	J1 - J3	INNENWAND-ELEMENTE 240 mm	3	B 60	J1 J2 J3	ZIEGELSPLITTBETON, ZU ERREICHENDES γ VON 1,6 t/m³	5
4.	JA1 - JA5	AUFLAGERBLÖCKE DER INNENWÄNDE 240 mm	5	B 160	JA1 JA2 JA3 JA4 JA5	ZIEGELSPLITTBETON BETONSTAHL I	6
5.	JA6 - JA9	AUFLAGERBLÖCKE DER INNENWÄNDE 240 mm	4	B 160	JA6 JA7 JA8 JA9	WIE JA1 - JA5	7
6.	JR1	RINGBALKEN-ELEMENT FÜR LOGGIAWAND 240 mm	1	B 160	JR1	WIE AR1 - AR3	8
7.		WANDANSCHLÜSSE u. VERANKERUNGEN				SCHWEISSUNG NACH DIN 4100, SÄMTL. NÄHTE BEIM SCHWEISSEN - V - NAHT	9
8.	AG1, AG1a, AG2, AG2a	GESIMSELEMENTE	4	B 160	AG2 AG1	WIE AR1 - AR3	10
9.	BD1 - BD3	ENTLASTUNGSBALKEN FÜR TÜRGEWÄNDE	3	B 160	BD1 BD2 BD3	BETONSTAHL MIT 3 b, GETRENNTE ZUSCHLAGSTOFFE, SIEBLINIE E-F	11
10	S1, S1a, S1b	SCHORNSTEINELEMENT M. FUTTERROHRSTEINEN AUS ASBESTZEMENT OD. GEBRANNT. TON	3	B 120	S1 S1a S1b	S1 = NORMALSTEIN S1a = – " – M. DECK.-AUSSPARG. AM [illegible] ROHR S1b = NORMALST. M. D.-AUSSPARG. A. [illegible] ROHR	12
11.		EINBAU DER FUTTERROHRE			1. AUS ASBEST-ZEMENT 2. AUS GEBR. TON	GEHÖRT ALS DETAIL ZU BLATT 12	12a

NR.	BEZEICHN.	GEGENSTAND	STCK-ZAHL	BETON-GÜTE	DARSTELLUNG	BEMERKUNG	G1/BG BL.NR.
12.		ZIEGELPFETTEN FÜR DACHKONSTRUKTION	4	SPANNBETON		ENTWICKELT v. FORSCH.-GRUPPE SPANNBETON i. HAUS d. DABW MAGDEBRG.	13
13.		LAMELLENTREPPE FÜR 3,00 m GESCHOSSHÖHE	1			NACH WERKNORM 4 FÜR HOCHBAUTEN 1956/57	14
14.	FG1 + FG2	FENSTERGEWÄNDE	2	B 300		BETONSTAHL I GETRENNTE ZUSCHLAGSTOFFE	15
15.	BTG1	BALKONTÜRGEWÄNDE	1	B 300		WIE NR. 14	16
16.	JTG1	WOHNUNGSEINGANGS-TÜRGEWÄNDE 240 mm	1	B 300		WIE NR. 14	17
17.	JTG2	INNENTÜRGEWÄNDE 240 mm	1	B 300		WIE NR. 14	18
18.	D1, D2, D3, D4	ZWICKAUER MONTAGE-DECKE	4			NACH WERKNORM 3 FÜR HOCHBAUTEN	20
19.	DS1	DECKENELEMENT MIT AUSSPARUNG F. ELEKTRO-STEIGELEITUNG 120/160 mm	1	B 160		SONDERDETAIL-DECKE	19
20.	[illegible]	DECKENELEMENTE (DECKE) MIT AUSSPARUNGEN FÜR SANITÄRE INSTALLATION	5	B 160		BETONSTAHL MIT 3 b SIEBLINIE A-B	21 22
21.	G1 EINTEILIG, G1a ZWEITEILIG, G1b AUSKRAG. [illegible]	STAHLBETONKÄMPFERBALKEN FÜR MONTAGE-WÖLBEDECKEN KELLER-GESCHOSS	3	B 225		MONTAGE-WÖLBEDECKE M. LOCHZIEGEL LLZ 12/[illegible] MÖRTELGRUPPE II	23 23a 23b 24 25
22.	a, b	KRAGPLATTEN FÜR KELLERFENSTER-LICHTSCHÄCHTE	2	B 160		BETONSTAHL I GETR. ZUSCHLAGSTOFFE	26

Abb. 51 Zusammenstellung der 56 benötigten Elemente für die Großblockbauweise (0,8 Mp)

einer konsequenten Industrialisierung des Wohnungsbaus unter Verwendung von Typenprojekten wird wenige Monate später auf der 1. Baukonferenz der DDR aufgenommen und an die "Basis" in den Aufbaustädten und Industrieschwerpunkten weitergegeben.

Neben den traditionsreichen Magdeburger Wohnungsbaugenossenschaften werden ab 1954 in den großen Magdeburger Industriebetrieben und in verschiedenen Handels- und Dienstleistungseinrichtungen "Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften" (AWG) gegründet[40]. Eine Verordnung über die Umbildung gemeinnütziger Wohnungsbaugenossenschaften vom 28. März 1957 stellt die verschiedenen, in ihrem Profil sehr differenzierten Wohnungsbaugenossenschaften durch staatliche Kontrolle der Mittelzuweisungen, Wohnungsvergabe und Mietpreisvorgaben den AWG's faktisch gleich. Sie tragen mit einem hohen Selbsthilfeanteil ihrer Mitglieder die ersten Neubaumaßnahmen in den verschiedenen Wohnsiedlungen und werden ab Mitte der 50er Jahre auch in größere Bauvorhaben mit Typenprojekten und vorgefertigten Bauelementen einbezogen.

1956 baut die Stadt Magdeburg in der Morgenstraße (Neue Neustadt) die ersten Versuchsblocks mit vorgefertigten 0,8 Mp-Bauelementen für die Deckenplatten und tragenden Querwände (vgl. Abb. 50). Dabei erhalten die Fassaden der viergeschossigen Wohngebäude mit Zwei- und Drei-Raum-Wohnungen zunächst noch historisierende Formen und Elemente, die dem Stil der "Nationalen Tradition" folgen. Ein ebenfalls vom Entwurfsbüro für Hochbau Magdeburg entwickelter MQ-Typ[41] mit fünf Geschossen und einem flachen Pultdach wird 1957/58 für drei Wohnblocks an der Otto-von-Guericke-Straße eingesetzt und an der Pappelallee im ersten sozialistischen Wohnkomplex der Stadt Magdeburg wiederverwendet (vgl. Abb. 49). Während für die Gebäudetypen an der

Abb. 52 Montage der Baureihe M8 im Wohnkomplex Jakobstraße



[40] vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Schriftenreihe: Soziale Bauherren und architektonische Vielfalt, 1996, S. 150 ff.

[41] Die Bezeichnung „MQ" verweist auf die Verwendung von tragenden, vorgefertigten Querwänden im zugrundeliegenden Bausystem.

Morgenstraße die Elementeliste insgesamt 56 Positionen ausweist (vgl. Abb. 51), so werden für die Gebäude am Nordpark sogar 72 Elemente benötigt, die mit zahlreichen handwerklich gefertigten Teilen (z.B. Fenster und Innenausbauten) ergänzt werden[42]. Im Jahre 1960 wird in der Stadt Magdeburg - gemäß den Beschlüssen der 2. Baukonferenz der DDR im Februar 1958 - das erste Baukombinat zur industriellen Produktion von Wohngebäuden gegründet, das zunächst auf die Flächen der ursprünglichen Enttrümmerungsanlage im Bereich Schroteplatz zurückgreift. Zwei Jahre später wird eine weitere Fertigungsstätte eingerichtet, die auf der Grundlage von Typenprojekten aus der Deutschen Bauakademie und einem Institut für Typung beim Ministerium für Aufbau die in den drei großen Wohnkomplexen der Stadt Magdeburg erforderlichen Bauelemente herstellt (vgl. Abb. 52).

Der "sozialistische Wohnkomplex" als städtebauliches Leitbild

Mit der Orientierung auf das industrielle Bauen und die Einführung des "sozialistischen Wohnkomplexes" (vgl. Dokumente 5), der als beste Organisationsform der Wohnbebauung und wichtigste kompositionelle Einheit der sozialistischen Stadt postuliert wird, werden die 1952 in der Grundakte festgeschriebenen Bebauungskonzepte für den Zentralen Bezirk (vgl. Abb. 40) von Magdeburg faktisch außer Kraft gesetzt. Vor dem Hintergrund eines Beschlusses auf dem V. Parteitag der SED im Jahre 1958, die Zentren der zerstörten Städte bis 1965 nach den veränderten Kriterien wieder aufzubauen, veranstaltet das Ministerium für Bauwesen der DDR im Jahre 1959 in Magdeburg einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für das mittlerweile trümmerfreie Gebiet beiderseits der Jakobstraße unter Einbeziehung des östlichen Abschnitts der Wilhelm-Pieck-Allee (Ernst-Reuter-Allee) und des Boleslav-Bierut-Platzes (Universitätsplatz). Nach den Vorgaben soll hier ein Wohnkomplex für ca. 5500 Einwohner entstehen. Die Ausschreibung wird durch das Magdeburger Stadtbauamt um das Terrain des gesamten Nordabschnittes der Karl-Marx-Straße (Breiter Weg) erweitert. Den ersten Preis vergibt die Jury, der

[42] vgl. Hrussa, H.; Leuthold, E., Retzloff, F., 1958, S. 184

Abb. 53 Beispiel für eine Häusergruppe im sozialistischen Wohnkomplex

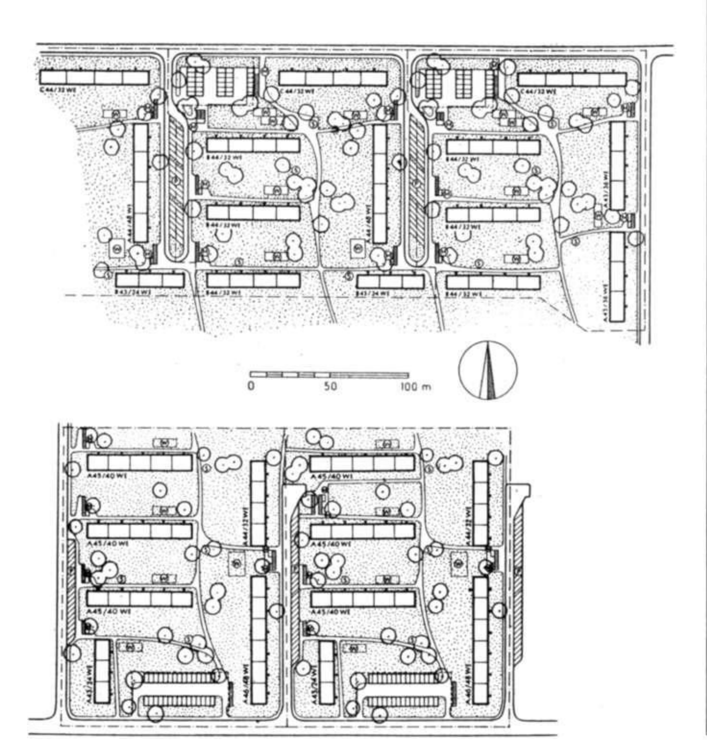


Abb. 54 Präzisierter Bebauungsplan für den zentralen Bezirk, 1960





Abb. 55 An der Jakobstraße, 1963

auch wieder Prof. Edmund COLLEIN von der Deutschen Bauakademie angehört, an das Kollektiv Prof. FUNK von der Technischen Universität Dresden[43]. Sein Entwurf sieht beidseits der ehemals geschlossen bebauten Jakobstraße Baustrukturen vor, die dem Schema für eine Häusergruppe in einem sozialistischen Wohnkomplex entsprechen (vgl. Abb. 53). Der Entwurf wird im wesentlichen ausgeführt und in die Planungsdokumente der Stadt Magdeburg integriert. Neben den fünfgeschossigen Q6-Typen werden an der Ostseite der Jakobstraße zwei achtgeschossige Gebäudegruppen realisert, die sich auf empfindliche Weise in die Silhouette der verbliebenen Kirchenbauten am Elbufer eintragen (vgl. Abb. 55) und sogar noch durch zwei Hochhäuser am Ein- und Ausgang des Wohnkomplexes ergänzt werden. Die Ausweisung verschiedener Taktstraßen für die Umsetzung des Bebauungsplanes zeigt, welchen Kriterien das zugrundeliegende städtebauliche Grundmuster schließlich mit den einzuhaltenden Abständen der Gebäudezeilen zur Straße für die erforderlichen Kranbahnen gehorcht. In einem dem Beschluß der SED-Stadtleitung vom 5. März 1959 für den Aufbau des Stadtzentrums bis 1965[44] beigefügten Plan (vgl. Abb. 54) sind die städtebaulichen Grundzüge für einen sozialistischen Wohnkomplex im Gebiet Jakobstraße bereits übernommen worden. Vergleicht man diesen Plan mit dem Konzept für den Zentralen Bezirk aus dem Jahre 1952 (vgl. Abb. 40), so wird der nachhaltige Bruch mit einem traditionellen Leitbild des Wiederaufbaus von Magdeburg hin zu einer gegliederten und aufgelockerten Stadt durch Wohnkomplexe und offene Baustrukturen besonders deutlich.

Der erste sozialistische Wohnkomplex der Stadt Magdeburg Am Nordpark wird auf dem Terrain der sogen. "Nordfront" und in Nachbarschaft zu einem 1956 angelegten Gelände für die Technische Hochschule/Universität auf der Basis eines städtebaulichen Modells umgesetzt, das verschiedene einzelne Bebauungsvorschläge für Wohngruppen (z.B. Moldenstraße, Hohepfortestraße oder Pappelallee, vgl. S. 60 ff., Band 2) zusammenfaßt. Im Gegensatz dazu erfolgt die Konzeption und Realisierung des Wohnkomplexes Spielhagenstraße ab 1961 nach einem zusammenhängenden Plan mit fünf Wohngruppen und einer der Richtlinie gemäßen Anordnung von Kindereinrichtungen, Geschäften und Dienstleistungsbetrieben (vgl. S. 66 ff., Band 2).

[43] vgl. Jakobs, F., 1959, S. 544

[44] vgl. Manz, H.H., 1995, S. 56 f.

"Eine sozialistische Monumentalkunst" - Zur Entwicklung des Stadtzentrums in den 60er Jahren

Die Vervollständigung der Bebauung auf der Südseite des Zentralen Platzes und die Vorbereitungen für die Realisierung des Wohnkomplexes an der Jakobstraße werden von einer Wirtschaftskrise der DDR begleitet. Sie führt nach dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 zu einer Korrektur des Fünfjahrplanes 1955-60, der als "Großer Siebenjahrplan 1959-65" fortgesetzt wird. Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten rückt bereits 1960 die weitere Ausgestaltung der Stadtzentren in den Aufbaustädten wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit durch die DDR-Regierung. Sie wird im Ergebnis einer Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie in "Grundsätzen der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren" (vgl. Dokument 4) zum Ausdruck gebracht und mündet 1961 in Grundsatzbeschlüssen u.a. für die Stadt Magdeburg.



Abb. 56 Blick vom Turm der Johanniskirche in Richtung Süden

Ein Blick auf das von Trümmern beräumte, nur in wenigen Abschnitten baulich erhaltene Terrain südlich der Wilhelm-Pieck-Allee zeigt noch immer das stadtbildprägende Ausmaß der Zerstörung (vgl. Abb. 56). Ein Übersichtsplan des Stadtbauamtes für den Bebauungsvorschlag zum Nordabschnitt der Karl-Marx-Straße verdeutlicht diesen Zustand noch genauer. Auf den großen freien Flächen nehmen sich die wenigen neuen Blocks an der Karl-Marx-Straße und am Zentralen Platz sehr weitläufig aus. Das Bild und die Struktur

Abb. 57 Bauflächen für den Nordabschnitt Karl-Marx-Straße auf einer Bestandskarte der Altstadt, 1960

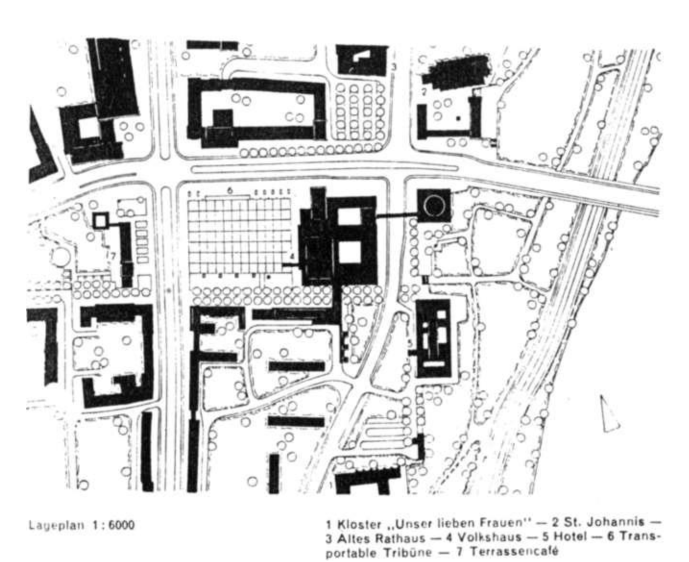


Abb. 58 Wettbewerb für die Gestaltung des Zentralen Platzes 1961, 1. Preis

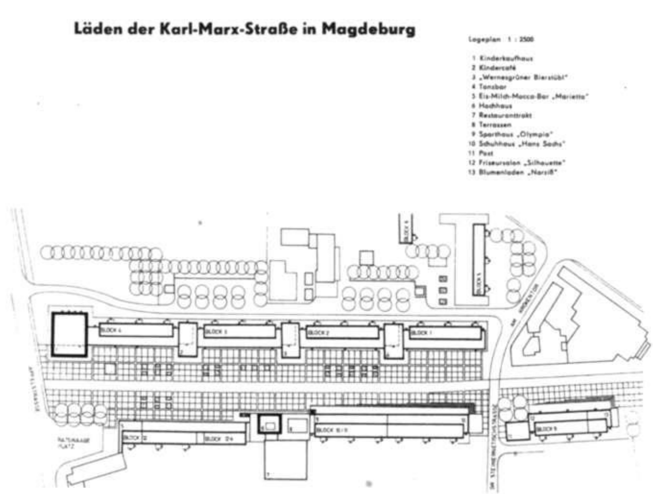


Abb. 60 Konzept für Läden und eine Freiflächengestaltung im Nordabschnitt Karl-Marx-Straße (Breiter Weg), 1963-65

bestimmen nach wie vor die Kirchenruinen, verbliebene Straßenführungen, die behelfsmäßige Strombrücke neben der Fragment gebliebenen neuen Brückenrampe und vereinzelte ursprüngliche Gebäude der Altstadt.

In dieser Situation formulieren das Stadtbauamt, aber auch die politischen Gremien der Stadt Magdeburg und der SED Entscheidungsgrundlagen für das Ministerium für Bauwesen der DDR, die mit Forderungen nach zusätzlichen Mitteln verbunden werden. Neben einem Konzept zur Stadtentwicklung, das von 320.000 Einwohnern ausgeht, wird ein überarbeiteter Bebauungsvorschlag für den Zentralen Bezirk der Stadt Magdeburg mit einem ausführlichen Erläuterungsbericht vorgelegt. Neben der Realisierung des Wohnkomplexes in der Jakobstraße und der Bebauung des Nordabschnittes der Karl-Marx-Straße in Form einer Fußgängerzone enthält dieses Konzept

Abb. 59 Hotel International in der Otto-von-Guericke-Straße, Fertigstellung 1963



noch immer den Vorschlag zur Bebauung der Ostseite des Zentralen Platzes mit einem neuen Rathaus und einem Elbehotel sowie zahlreiche Vorschläge zur Erweiterung des Angebotes an Gebäuden für Verwaltungs- Bildungs- und Kulturfunktionen der Bezirksstadt.

Nach einer erneuten Kritikphase durch die Bauakademie und den für die Stadt zuständigen "Konsultanten", Prof. Edmund COLLEIN, schreibt der Rat der Stadt Magdeburg bis Ende Dezember 1960 erneut einen Wettbewerb für die Gestaltung des Zentralen Platzes aus, zu dem sieben Kollektive eingeladen werden. Ziel des Wettbewerbes ist ein Konzept zur baukörperlichen Durchbildung der Ostseite zwischen dem Kloster Unser lieben Frauen und dem Brückenkopf unter Einbeziehung der Platzfläche und des Elbufers. Im Sinne der "16 Grundsätze des Städtebaus" soll "unter Ausbildung von Terrassen die Stadtlandschaft grünplanerisch angebunden werden"[45]. Zugleich wird der Entwurf für einen klaren und übersichtlichen Baukörper mit wirtschaftlichen Grundrissen für ein Verwaltungsgebäude erwartet. Der erste Preis einer sechzehnköpfigen Jury, der wiederum Edmund COLLEIN, aber auch der Berliner Architekt Josef KAISER angehören, geht an das Kollektiv des VEB Hochbauprojektierung Magdeburg unter Leitung von Anne-Monika und Karl-Heinz ZORN (vgl. Abb. 58). Das baukörperliche Grundkonzept mit einem Hochhaus und flachen Saalbau an der Wilhelm-Pieck-Allee und einem separaten Hotel mit einem vorgelagerten Tanzkabarett direkt am Elbufer werden in die überarbeiteten Bebauungspläne für das Stadtzentrum übernommen (vgl. Abb. 61). Der Vorschlag zu einer Verlängerung der Regierungsstraße bis zur Wilhelm-Pieck-Allee auf der Südseite des

[45] vgl. Deutsche Architektur 4/1961, S. 209

Abb. 61 Plan zur Entwicklung des Stadtzentrums, Büro für Stadtplanung Magdeburg, um 1965

Gebäudeensembles wird nicht aufgegriffen. Das Projekt zu einer Verlegung des Magdeburger Rathauses in ein neues Gebäude am Zentralen Platz kann aus Mangel an Investitionen nicht verwirklicht werden, so daß der Magistrat von Magdeburg im Jahre 1965 einen Beschluß zur Enttrümmerung des alten Rathauses faßt und einem Wiederaufbau mit der historischen Fassade am Alten Markt zustimmt.

Aus den Protokollen des Rates der Stadt Magdeburg geht hervor, daß Ende 1959 die Enttrümmerung abgeschlossen ist, 1960 am Zentralen Platz die Südost-Ecke Richtfest erlebt, im Südabschnitt der Karl-Marx-Straße (Breiter Weg) an der Ecke zur Himmelreichstraße die letzten verbliebenen Barockhäuser restauriert sind und im Komplex Jakobstraße Anfang 1961 von den insgesamt geplanten 2338 Wohneinheiten etwa 1000 Wohnungen vor der Fertigstellung stehen. Neben den laufenden Projekten im Wohnkomplex an der Jakobstraße und der Errichtung von achtgeschossigen Wohnscheiben mit erdgeschossigen Läden und zwischengeschalteten eingeschossigen Ladenpavillons im Nordabschnitt der Karl-Marx-Straße (vgl. Abb. 60) wird 1962 ein Wettbewerb für die Gestaltung des Boleslav-Bierut-Platzes (Universitätsplatz) durchgeführt (vgl. S. 40, Band 2). Darüber hinaus weist eine "Objektliste" des Ministeriums für Bauwesen mit Zeitvorgaben für Projekte im Stadtzentrum von Magdeburg eine provisorische Trümmerbegründung der Bereiche an, die erst nach 1965 realisiert werden sollen. Hierzu gehören u.a. die Ostseite auf dem Zentralen Platz, die Fläche für ein Warenhaus an der Karl-Marx-Straße/ Ecke Wilhelm-Pieck-Allee und der gesamte Südabschnitt der Karl-Marx-Straße im Bereich des Domplatzes[46]. Am 27. Juni 1963 macht Oberbürgermeister SONNEMANN in einem



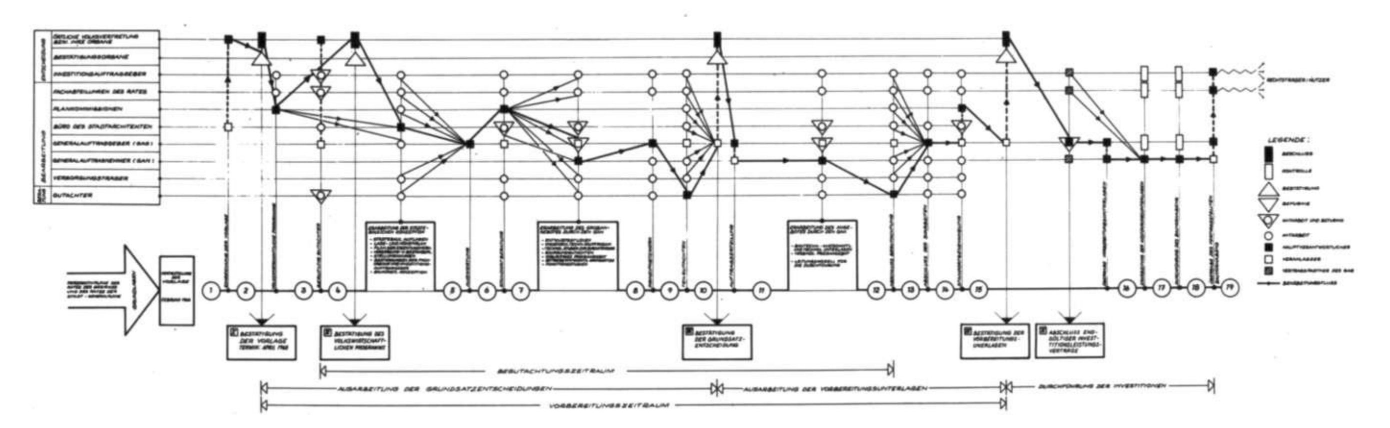
Abb. 63 Am Modell des Magdeburger Stadtzentrums im Kulturhistorischen Museum, v.l.n.r. H. Seidel (Bezirksbaudirektor), H. Heinemann (Leiter des Büros für Stadtplanung), W. Ulbricht (Vorsitzender des Staatsrates der DDR), 19. 11.1965

Schreiben an den Rat des Bezirkes Magdeburg deutlich, daß eine reale Einschätzung der Baudurchführung notwendig ist, weil sich z.B. der Bau des Heizhauses in der Virchow-Straße verzögert, die Pläne für den 3. Bauabschnitt des Hotels "Inter-

[46] vgl. Manz, H. H, 1995, S. 61

Abb. 62 Entwicklungskonzept für den Aufbau des Stadtzentrums als Beschlußvorlage für den Ministerrat der DDR, 1968

NETZPLANDIAGRAMM
ZUR SCHAFFUNG EINES SYSTEMS DER PLANUNG UND LEITUNG DES AUFBAUS DES STADTZENTRUMS MAGDEBURG



national" am Bahnhof umgearbeitet werden müssen (vgl. Abb. 59) und die Mittel für das traditionelle Bauvorhaben Domplatz 2-3 zugunsten eines industriellen Vorhabens im Nordabschnitt der Karl-Marx-Straße umgeleitet worden sind. Dort wird mit einer Ausnahmegenehmigung des Bauministers nachträglich ein achtgeschossiger Wohnblock anstelle des geplanten Einrichtungshauses in die laufende Bebauung auf der Westseite des Alten Marktes integriert[47]. Um zu demonstrieren, daß trotz des Geldmangels im Stadtzentrum weitergearbeitet wird, reicht die Stadt Magdeburg zur 9. Plenartagung der Bauakademie am 12. Juli 1963, die sich mit ideologischen Problemen von Städtebau und Architektur auseinandersetzt, einen Teilbebauungsplan für den südlichen Abschnitt der Karl-Marx-Straße ein. In das bauliche Konzept für den westlichen Abschluß des Domplatzes greift Prof. Hanns SCHMIDT von der Deutschen Bauakademie direkt ein und korrigiert den Vorschlag der Magdeburger Architekten. Im Ergebnis dessen werden auf der Ostseite der Karl-Marx-Straße 3 achtgeschossige Wohnscheiben und direkt am Domplatz ein zurückgesetztes fünfgeschossiges Appartementhaus nach Entwürfen von Johannes SCHROTH errichtet. Für den Domplatz selbst wird nach Abschluß der seit 1959 laufenden Teilausgrabung der vorottonischen Festung eine vollständige Pflasterung und Anlage eines Parkplatzes vorgesehen.

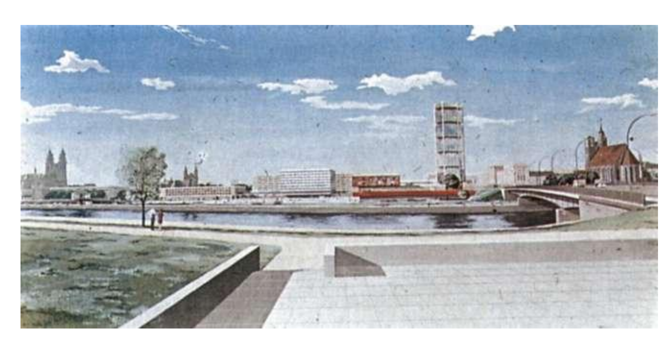


Abb. 66 Wirkung eines Hochhauses in der Stadtsilhouette vom östlichen Elbufer, 1969 (Zeichnung W. Rösler)

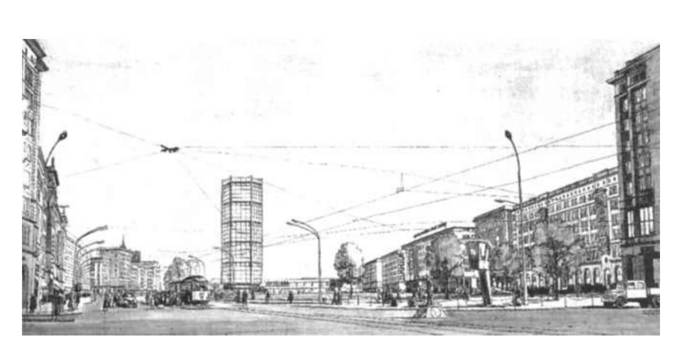
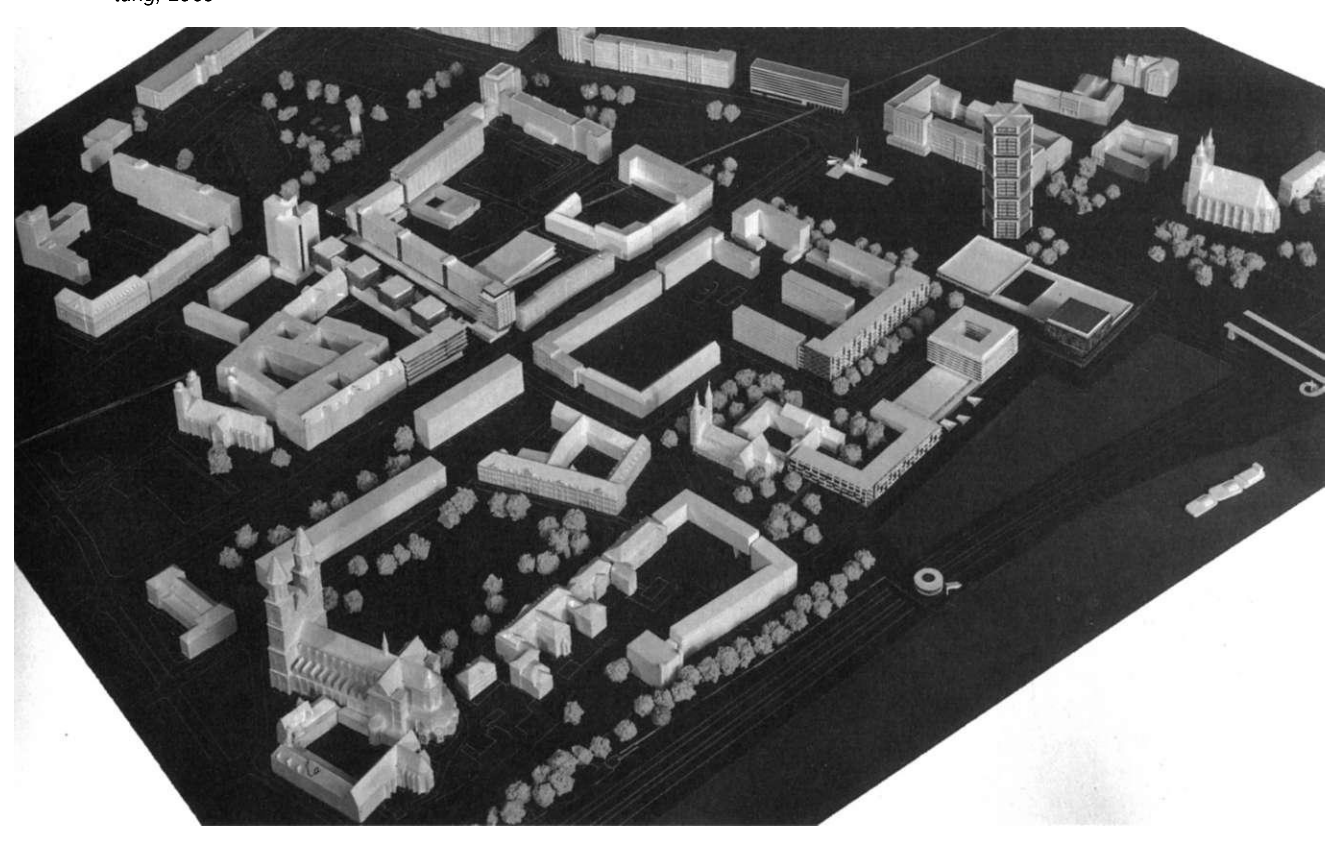


Abb. 65 Einordnung eines Verwaltungsgebäudes am Zentralen Platz, 1969 (Zeichnung W. Rösler)

[47] vgl. Manz, H. H., 1995, S. 61

Abb. 64 Konzept für den Zentralen Platz und die Elbufergestaltung, 1969



Ein Mitte 1965 angefertigter Plan zur Entwicklung des Magdeburger Stadtzentrums dokumentiert die bis dato realisierten Gebäude und vermerkt die konsensfähigen Planungsaussagen für nach wie vor freigebliebene Areale (vgl. Abb. 61). Bemerkenswert sind dabei vor allem die im Plan ebenfalls festgehaltenen Reste der historischen Bebauung im Bereich der Leiterstraße oder am nördlichen Fürstenwall. Am 18. November 1965 besichtigt der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter ULBRICHT, im Kulturhistorischen Museum die Pläne für den weiteren Aufbau des Magdeburger Stadtzentrums und empfiehlt die "Vermeidung von jeglichem Schematismus beim Neuaufbau" (vgl. Abb. 63). Er spricht sich dafür aus, bei der Stadtplanung mehr als bisher die Elbe in die architektonische Gestaltung einzubeziehen und präferiert zur Lösung der Verkehrsprobleme Schnellstraßen als die zweckmäßigste Form[48].

Hintergrund für die Anmerkungen von ULBRICHT sind nach der 9. Plenartagung der Deutschen Bauakademie erschienene kritische Beiträge in der Fachpresse, die für Magdeburg u.a. die mangelhafte Gestaltung und Nutzung des Flußufers und eine fehlende eindrucksvolle Komposition der Uferbebauung konstatieren[49]. Dieser Gedanke wird 1967 mit der Durchführung eines Wettbewerbes zur Elbufergestaltung wieder aufgegriffen. Für einen Perspektivzeitraum bis 1970 und einen Prognosezeitraum bis 1975 soll er Beiträge zur organisch gestalteten Verbindung zwischen der Ost-West-Magistrale und dem Strombrückenzug sowie dem Stadtteil Brückfeld am östlichen Brückenkopf erbringen. Hier liegt auch der Schwerpunkt des Hochbauteiles, wo mit Mitteln des komplexen Wohnungsbaus bei einer Einwohnerdichte von 425 EW/ha etwa 1760 Wohnungen gefordert werden. Außerdem sind die unter Denkmalschutz stehenden Kirchen- und Festungsbauwerke am Westufer sowie der Ausbau des Geländes zwischen Stadthalle und Neuer Strombrücke als zentraler Festplatz zu berücksichtigen. Neben einer angemessenen Gestaltung des Volkshauses am Westufer wird am östlichen Brückenkopf als Betonung der Eingangssituation in das Stadtzentrum eine Großplastik oder ein Monument gefordert[50]. Von den 13 eingereichten Arbeiten wählt eine Jury (erstmals ohne Prof. COLLEIN!) den Entwurf der Ingenieure vom VEB Cottbus-Projekt als ersten Preis aus. Dieser erfüllt im wesentlichen die Aufgabenstellung, obwohl

Abb. 67 Mitarbeiter des Büros des Stadtarchitekten am Modell des Stadtzentrums 1969, v.l.n.r. Peter Görke, Klaus Eschke, Friedrich Jakobs (sitzend), Horst Heinemann, Günter Rehländer, Dr. Heinz Michalk (Stadtarchitekt), Christel Ungewitter, Burkhard Leu, Günter Strumpf, Peter Schreyer, Günter Schöne, Heinz Karl, Götz Grosche, Wolfgang Schmutzler, Manfred Kirchmeier



[48] vgl. Volksstimme vom 19.11. 1965, S.1

[49] vgl. Zeuchner, G., 1963, S. 672 f.

[50] vgl. Michalk, H., 1968, S. 22

Abb. 68 Plan zur Entwicklung des Stadtzentrums, 1969 publiziert

eine direkte Anbindung der Elbuferstraße an die Strombrücke unterbleibt. Der Stadtarchitekt von Magdeburg, Heinz MICHALK, verweist in seiner gesonderten Auswertung des Wettbewerbs auf die notwendige Sichtbeziehung von den Terrassen und der Bebauung am Westufer zum Wasser und hinterfragt die Bezüge zwischen den Höhendominanten am Zentralen Platz und am gegenüberliegenden Werder und Ostufer.

Der Wettbewerb zur Elbufergestaltung bildet den Auftakt zu den letzten intensiven Bemühungen für eine Gestaltung des Zentralen Platzes, die in ein überarbeitetes Konzept für den Kernbereich des Magdeburger Stadtzentrums münden, das vom Politbüro des ZK der SED am 22. April 1968 bestätigt wird. An dem Konzept wirken zwischen Januar und März 1968 in einer "sozialistischen Arbeitsgemeinschaft" Ingenieure, Architekten und Künstler aus dem Büro des Stadtarchitekten Magdeburg (vgl. Abb. 67), dem Institut für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie, dem VEB Hochbauprojektierung, dem VEB Wohnungsbaukombinat und dem VEB Industrieprojektierung sowie dem Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Magdeburg und dem Verband Bildender Künstler mit[51]. Die Arbeit erstreckt sich vor allem auf den bedeutenden Teil des Stadtzentrums mit dem Zentralen Platz, dem Nordabschnitt der Karl-Marx-Straße und der Elbufer-

[51] vgl. Michalk, H., 1969, S. 6



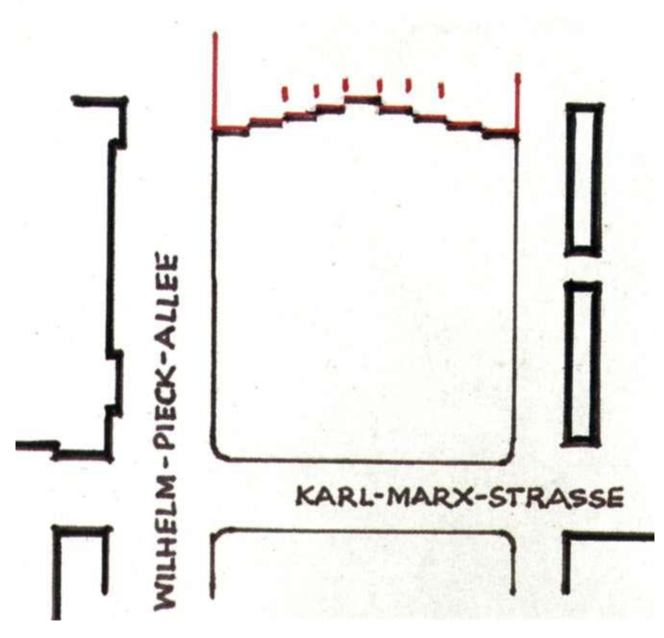


Abb. 70 Konzeption zur Baustellenabschirmung am Zentralen Platz; Erarbeitet vom Kollektiv der werbemethodischen Grundplanung Juni 1971 (DEWÄG Berlin)

Abb. 69 Überarbeitetes Bebauungskonzept für den Bereich um den Zentralen Platz



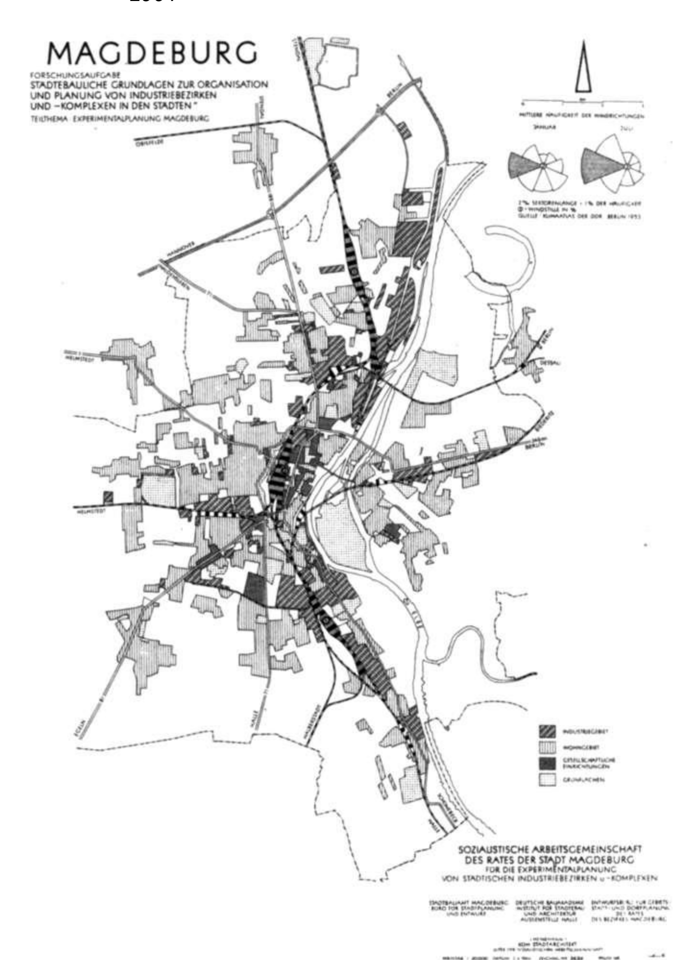
gestaltung, die durch eine Konzentration der Mittel bis 1975 fertiggestellt werden sollen. Der Bereich zwischen Dom und Rathaus bildet den Höhepunkt in der Stadtsilhouette, so daß hier neben einer Terrassenausbildung über den vorhandenen Geländebruch hinaus das bauliche Ensemble am Zentralen Platz weiter an den Fluß herangeführt werden kann. Es soll nunmehr von einem "Haus des Schwermaschinenbaus" dominiert werden, in dem wissenschaftliche Einrichtungen der profilbestimmenden Industrie von Magdeburg, eine Erwachsenenbildungsstätte und ein Kongreßsaal untergebracht werden. Zwischen dem Zentralen Platz und dem historischen Ensemble des Klosters ist ein Hotelkomplex geplant. An der Kreuzung zwischen Karl-Marx-Straße und Wilhelm-Pieck-Allee wird eine symbolträchtige Monumentalplastik vorgesehen (vgl. Abb. 54). Zugleich wird auf die im Bau befindlichen Projekte des CENTRUM-Warenhauses und des Hauses der Lehrer in der Karl-Marx-Straße sowie auf ein Konstruktionsgebäude an der Julius-Bremer-Straße und die Rekonstruktion des alten Rathauses verwiesen. Das städtebauliche Konzept ist in einem Übersichtsplan festgehalten, der die einzelnen Bauetappen bis zum Jahre 1975 ausweist (vgl. Abb. 68). Parallel dazu soll ein "Netzplandiagramm" (vgl. Abb. 62) veranschaulichen, in welcher Hierarchie der Entscheidungs- und Planungsgremien und mit welchem Ablauf der Planung und Durchführung erforderlicher Investitionen die Umsetzung des Politbürobeschlusses erfolgen soll.

Die Dominante am Zentralen Platz - das "Haus des Schwermaschinenbaus" in Form einer überdimensionalen Schraubenmutter - soll eine Höhe von ca. 110 m erreichen und damit auf Geheiß von Walter ULBRICHT 4 m höher als der Dom werden. Das Ausführungsprojekt nach Entwürfen des Büro des Stadtarchitekten (vgl. Abb. 65 und 66) wird für teure Devisen bei einem ungarischen Projektierungsbüro in Auftrag gegeben und nach mehreren Umprojektierungen dem Magistrat der Stadt Magdeburg zur Grundsatzentscheidung vorgelegt[52]. Bis 1971 bleibt das Projekt in der Vorplanungsphase stecken, so daß ein politisches Werbekonzept zum VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 für die "Baustellenabschirmung" am Zentralen Platz lediglich ein uneingelöstes Versprechen darstellt (vgl. Abb. 70). Die feierliche Eröffnung des zweitgrößten Warenhauses in der DDR "CENTRUM" am 3. Dezember 1973 mit 12 000 qm Verkaufsraumfläche[53] fällt bereits in die nächste Etappe der Stadtentwicklung von Magdeburg. Erst im Jahre 1978 wird ein erneutes Konzept für den Zentralen Platz erarbeitet (vgl. Abb. 69).

Die "Generelle Stadtplanung" der 60er Jahre

Mit der Umorientierung auf die Erschließung und bauliche Entwicklung von größeren Wohnungsbaustandorten um das Jahr 1955 sowie einen damit verbundenen Ausbau der Stadt Magdeburg als volkswirtschaftlich bedeutsamen Standort des Schwermaschinenbaus rücken wieder gesamtstädtische Planungsansätze in den Mittelpunkt des Interesses. Bis zu Beginn der 60er Jahre erfolgt der Aufbau nach einem 1952 in der "Grundakte der städtebaulichen Entwicklung" verankerten Flächennutzungsplan (vgl. Abb. 30). Diesem fehlt eine volkswirtschaftlich-technische Aussage über Planvorgaben und Baukapazitäten, wie sie zur Verwirklichung des "neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" gefordert werden. Zugleich haben sich durch die Auseindersetzung mit dem Aufbau im Stadtzentrum strukturelle Vorstellungen zur Verkehrsgestaltung und Freiraumentwicklung der Stadt verändert. Deshalb beschließt die Stadtverordnetenversammlung von Magdeburg im Juni

Abb. 71 Experimentalplanung für städtische Industriekomplexe, 1964



---

[52] vgl. Manz, H. H., 1995, S. 68

[53] vgl. Zorn, K.-E., 1974, S. 264

1962, mit der "Generellen Stadtplanung" zu beginnen[54]. In Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Büro für Stadtplanung, der Abteilung Planung und Bilanzierung und Fachabteilungen des Rates der Stadt Magdeburg sowie dem Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung aus Halle wird zunächst der Bestand erfaßt und analysiert. Ein wichtiges Ergebnis ist die Korrektur der zugrundeliegenden Größenordnung der Einwohnerentwicklung. Bei einem Stand von etwa 268.000 Einwohnern im Jahre 1963 geht man unter Berücksichtigung der wesentlichen stadtbildenden Faktoren von einer Erhöhung auf 320.000 Einwohner aus. Diese Aussage wird als "Angebotsplanung" für die Ausarbeitung eines Gebietsprogramms durch den hierfür zuständigen Rat des Bezirkes verstanden. Als profilbestimmende Industrie wird dabei für Magdeburg die metallverarbeitende Industrie mit einer besonderen Profilierung des Schwermaschinenbaus betrachtet. Für die strukturelle Gliederung der Stadt wird eine Skizze zur Flächennutzungsplanung erarbeitet, die in Schlußfolgerungen für die Stadt Magdeburg vom 25. Oktober 1963[55] mündet. Dabei wird auf Grund der Lage zum Strom, der Führung der Hauptverkehrstrassen, der Lage der großen Industriekomplexe und der bioklimatischen Verhältnisse eine Beibehaltung der Nord-Süd-Ausdehnung der Stadt vorgeschlagen. Die im Westen liegenden Bauflächen werden nur abgerundet und neue Wohnkomplexe sollen vornehmlich im Norden und Süden der Stadt ausgewiesen werden. Schließlich wird sogar ein Abbruch nicht mehr funktionstüchtiger Wohngbiete in Buckau, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen und auf Streusiedlungen, wie Puppendorf, vorgeschlagen. Als Naherholungsgebiete sollen der Barleber See im nördlichen Stadtgebiet, der Kulturpark, der Zoologische Garten und der Westerhüser Park im südlichen Stadtgebiet ausgebaut werden.

[54] vgl. Heinemann, H., 1964, S. 568

[55] vgl. Schlußfolgerungen, Rep. 41 104, S. 24 f.

Abb. 72 Untersuchung des Industriegebietes Nord als "Funktionsgebiet" mit Ausweisung eines Wohnungsbaustandortes im Bereich der Tangente, um 1965

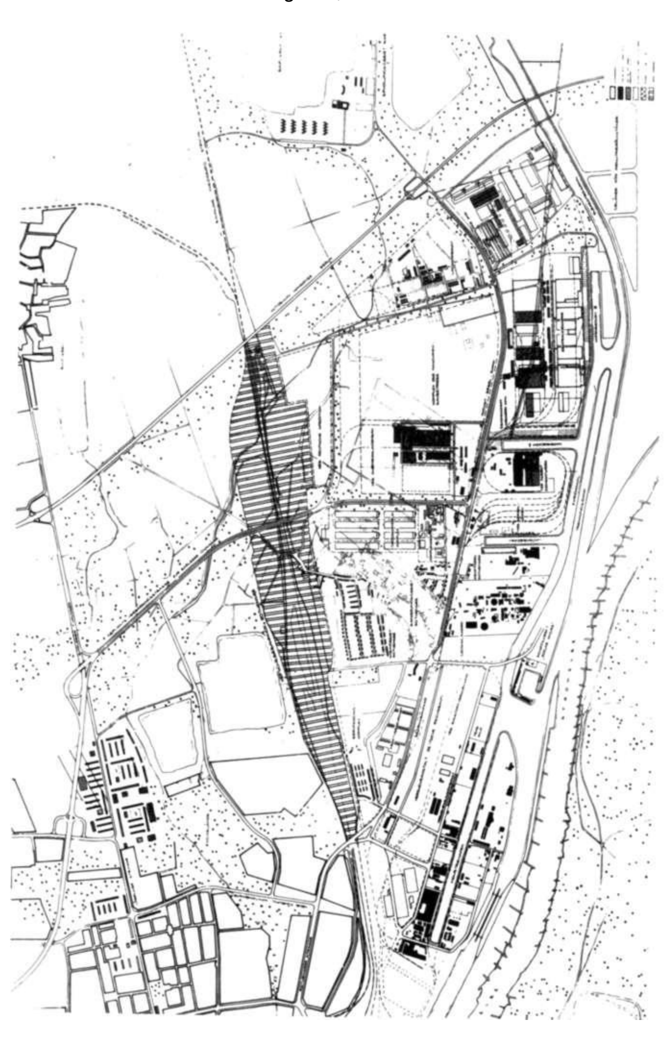


Abb. 73 Erster Entwurf zum Generalbebauungsplan der Stadt Magdeburg, Büro für Stadtplanung des Rates der Stadt Magdeburg, April 1967

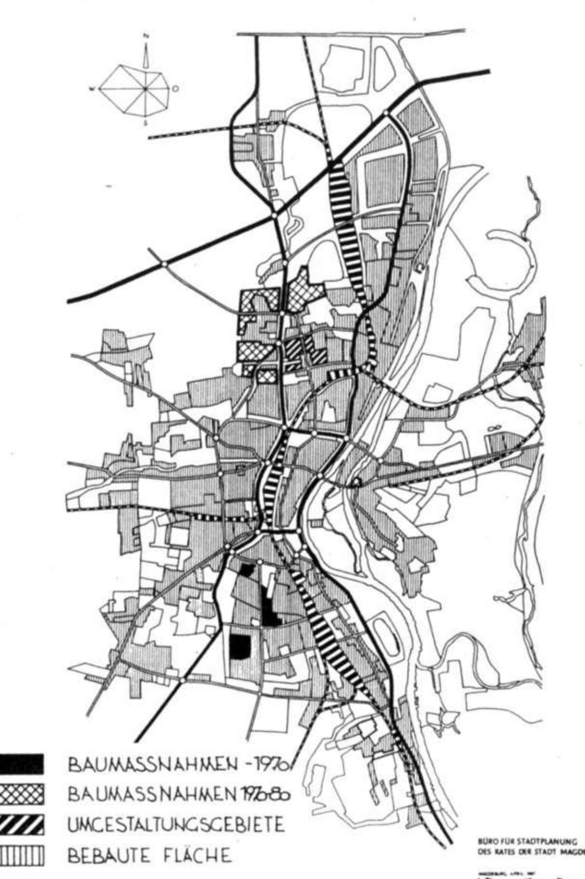
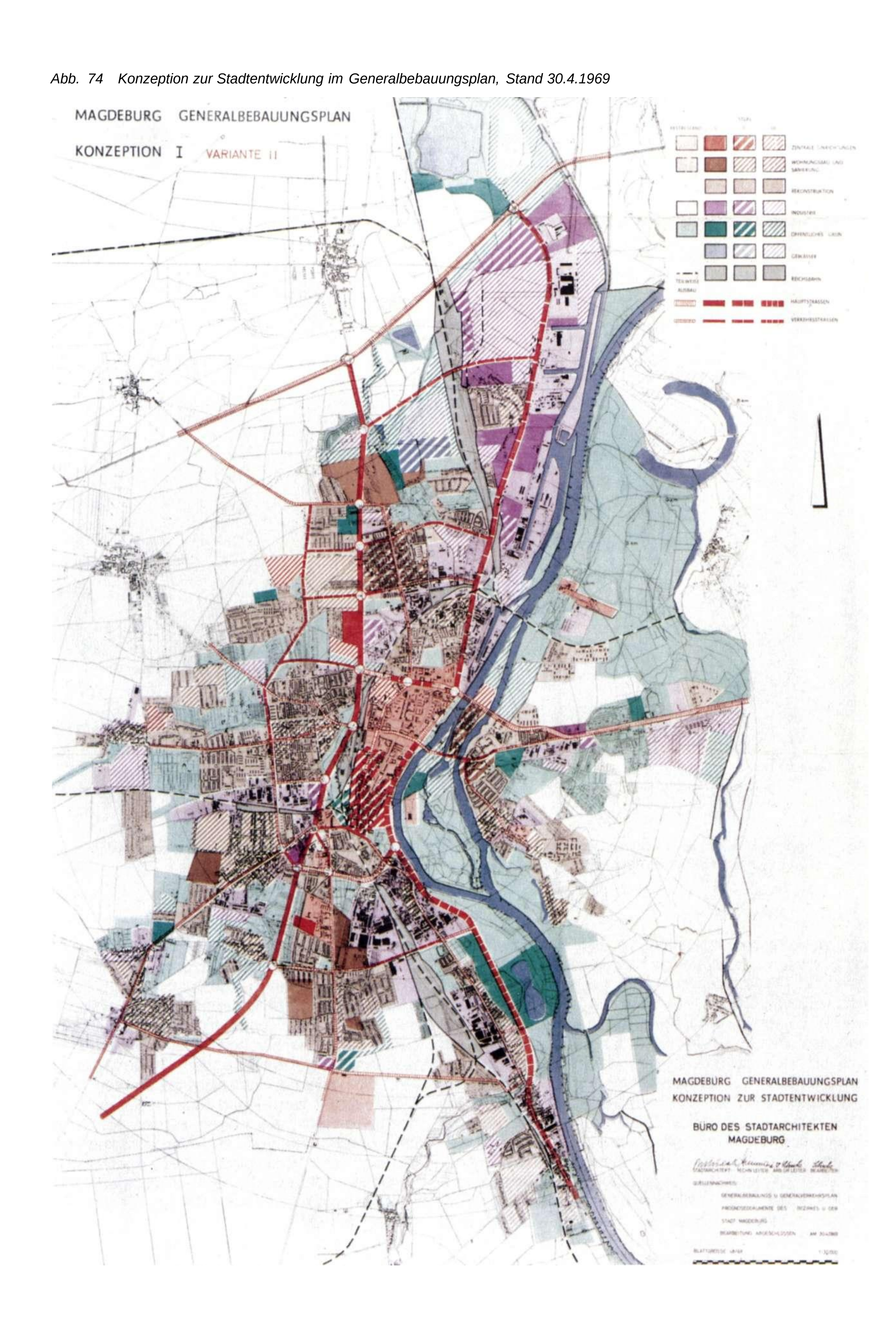


Abb. 74 Konzeption zur Stadtentwicklung im Generalbebauungsplan, Stand 30.4.1969



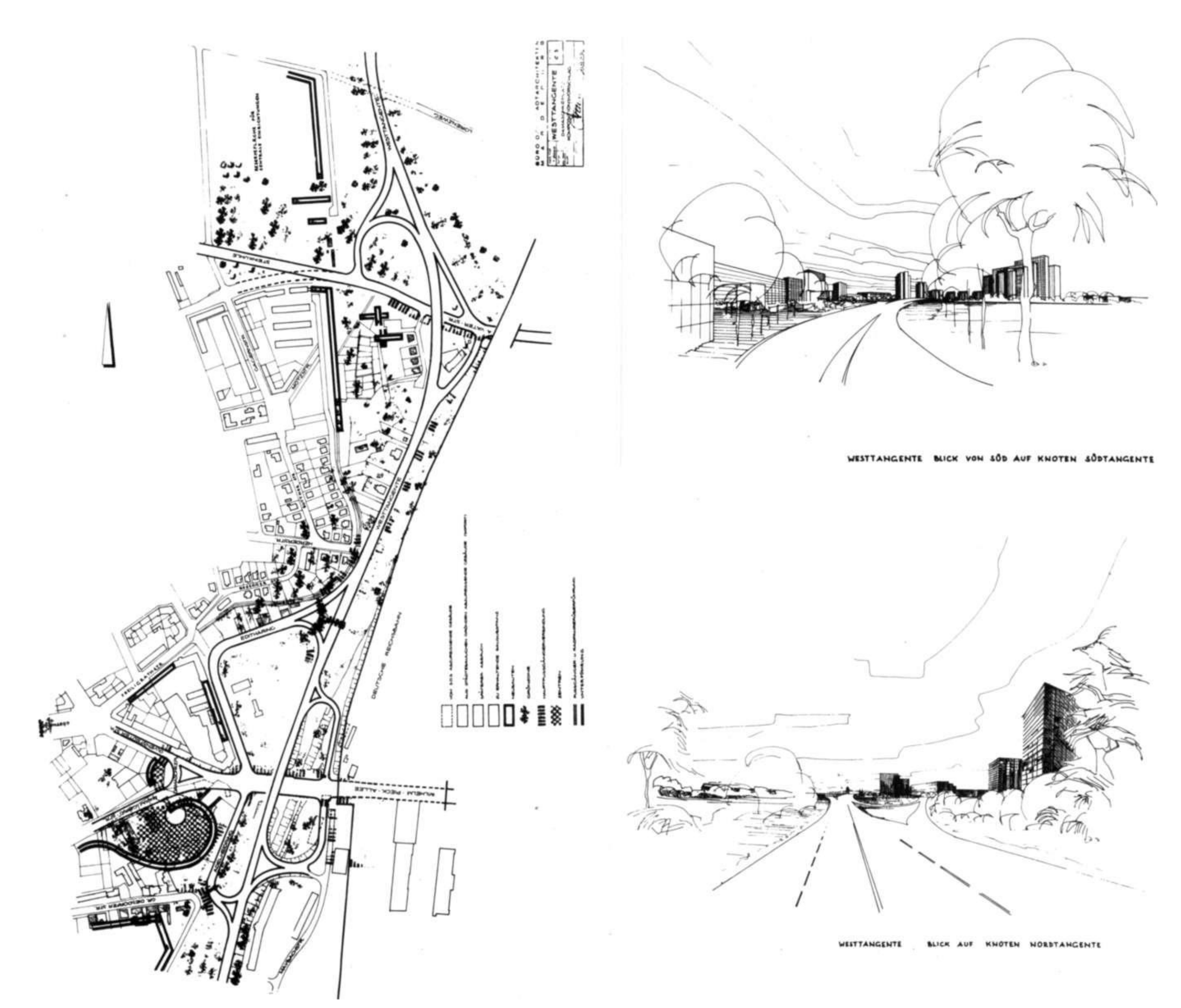


Abb. 75 Konzept des Büros des Stadtarchitekten für die Westtangente im Bereich Damaschkeplatz,um 1965

Abb. 76 Stadtraumkomposition zur Westtangente

Zur genaueren Untersuchung der Industrieflächen wird neben Konsultationen beim Institut für Sozialhygiene der Medizinischen Akademie eine "sozialistische Arbeitsgemeinschaft" für die Experimentalplanung von städtischen Industriebezirken und -komplexen gebildet. Neben dem Büro für Stadtplanung und Entwurf beim Stadtbauamt Magdeburg und dem Entwurfsbüro für Gebiets- Stadt- und Dorfplanung des Rates des Bezirkes Magdeburg wirken hier Vertreter des Institutes für Städtebau und Architektur der Bauakademie/Außenstelle Halle mit. Die Arbeitsgemeinschaft legt Anfang 1964 einen detaillierten Analyseplan vor (vgl. Abb. 71), aus dem die Bearbeitungsschwerpunkte im Rahmen einer speziellen Forschungsaufgabe abgeleitet werden. Dabei wird zunächst das Altindustriegebiet Buckau-Südost untersucht, in dem die Mehrzahl der profilbestimmenden Industriebetriebe der Stadt liegen. Eine Einschätzung der Flächennutzung, der Erhaltungswürdigkeit der Wohnbausubstanz und der funktionellen Eignung der vorhandenen Industrieareale führt zu dem Schluß, untaugliche Wohnsubstanz abzubauen und die Flächen einer Begrünung oder Erweiterung der verbleibenden Großbetriebe zuzuführen. Ein weiterer Planungsschwerpunkt wird im Industriegebiet Nord-Rothensee gesehen, das als "Industriekomplex" entwickelt werden soll. In detaillierten Untersuchungen zur Verkehrsplanung, stadttechnischen Versorgung und speziellen städtebaulichen Aspekten der Industrieanlagen wird zunächst eine Skizze zur Flächennutzung für diesen Bereich erstellt.[56].

[56] vgl. Schlußfolgerungen, Rep. 41 104, S 24 f.

Auf der Grundlage einer solchen Untersuchung wird der Nordostraum von Magdeburg zwischen der Barleber Chaussee im Westen, der Autobahn im Norden sowie den Hafenanlagen und der Elbe im Osten als "Funktionsgebiet" der Stadt betrachtet (vgl. Abb. 72). Das führt neben der Ausweisung von Industrieerweiterungsflächen zur Plazierung eines "Komplexzentrums" am August-Bebel-Damm und zur Konzeption für einen Wohnungsbaustandort beidseits der Barleber Chaussee. Unter Berücksichtigung der Barrierewirkung des Verschiebebahnhofs Rothensee erklärt sich auch der Vorschlag für eine Hauptstraßenverbindung zwischen dem Industriegebiet im Osten und den avisierten Wohnbauflächen im Westen.

Auf dem 14. Plenum des ZK der SED und in einem Beschluß des Ministerrates der DDR im Dezember 1966 wird festgelegt, daß zur Sicherung einer langfristigen prognostischen Planung die Generalverkehrspläne und Generalbebauungspläne der Bezirke auszuarbeiten sind. Auf Grund der Bedeutung von Magdeburg als Industrieschwerpunkt im Bezirk wird der Generalbebauungsplan für die Stadt in einer ersten Stufe zeitgleich ausgearbeitet. Kurt W. LEUCHT charakterisiert den Zeithorizont für das Planwerk "Generalbebauungsplan" mit 30 bis 40 Jahren und fordert die Gremien der Territorialplanung auf, den entsprechenden Vorlauf für solche Pläne zu schaffen. An gleicher Stelle fordert er die allseitige wissenschaftliche Bearbeitung der Probleme des Städtebaus und der Architektur durch Einbeziehung von anderen Fachdisziplinen (Soziologen, Psychologen, Kommunalwissenschaftler und Verkehrsspezialisten)[57]. Vor einem solchen Hintergrund wird Ende 1967 der Entwurf zu einem Generalbebauungsplan für die Stadt Magdeburg vorgelegt. Unter Beibehaltung der Nord-Süd-Orientierung und in Anknüpfung an die Untersuchungen zum Altindustriegebiet Buckau-Südost sowie zum Industriekomplex Nord-Rothensee wird ein Etappenplan zur Entwicklung der Industrie- und Gewerbegebiete ausgearbeitet. Ihn ergänzt ein Etappenplan zum Wohnungsbau vom April 1967 (vgl. Abb. 73). Neben drei kleineren Baustandorten im Südwesten der Stadt konzentrieren sich die Aussagen auf Bau- und Umgestaltungsmaßnahmen im Norden der Stadt. Diese Planungsaussage begründet z. B. die Durchführung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbes zur Gestaltung eines großen Wohngebietes Magdeburg-Nord (vgl. Standort 401, S. 94, Band 2).

In den Generalbebauungsplan wird der überarbeitete Generalverkehrsplan integriert. Dieser geht von einer Aufgabe des an den Elbübergängen orientierten Radialnetzes aus und präferiert zur Entlastung des Stadtzentrums für das Hauptstraßennetz zwei Nord-Süd-Tangenten. Die so bezeichnete "Elbuferstraße" als die östliche Tangente soll das erweiterte Industriegebiet und die Autobahn im Norden mit dem Altindustriegebiet im Süden verbinden. Die westliche Tangente verläuft von der Barleber Chaussee nach einer Verschwenkung über den Milchweg und Damaschkeplatz, wird im Südwesten der Stadt zwischen der Leipziger und Halberstädter Straße geführt und erreicht perspektivisch südlich von Ottersleben wieder die Halberstädter Chaussee. Das Tangentenviereck wird durch zwei Ost-West-Tangenten vervollständigt, wobei der nördlichen Verbindung zwischen der Berliner Chaussee, Jerichower Straße und Walter-Rathenau-Straße die größere Bedeutung zugemessen wird. Die grundsätzlichen Ansätze des Generalbebauungsplanes und Generalverkehrsplanes werden 1969 vom Büro des Stadtarchitekten in einer Konzeption zur Stadtentwicklung aufgegriffen und visualisiert (vgl. Abb. 74). Die Stadt Magdeburg beteiligt sich mit ihrem Planwerk zum Generalbebauungsplan an einem im Juli 1968 durch den Minister für Bauwesen der DDR ausgeschriebenen Wettbewerb über Generalbebauungspläne der Städte. Dabei erfährt sie u.a. eine besondere Erwähnung für den relativ kompakten Planungsansatz. Einem Wachstum der prognostizierten Einwohnerzahl um 40% steht eine Vergrößerung der Stadtfunktionsfläche von 20% gegenüber. Außerdem werden das Bemühen um die Berücksichtigung der landschaftlichen Besonderheit des Flußlaufes gewürdigt[58].

Bleibt zu erwähnen, daß im Büro des Stadtarchitekten Mitte 1970 Kompositionspläne und Skizzen zur stadträumlichen Wirkung der im Generalverkehrsplan vorgesehenen "Westtangente" angefertigt werden (vgl. Abb. 75 und 76). Sie geben insbesondere an den sensiblen Landschaftsbereichen und Nahtstellen der historischen Stadtstruktur den nachhaltigen Eingriff durch die übergeordneten Verkehrsbauwerke wieder und vermitteln in den visionären Skizzen noch einmal die Nähe zu städtebaulichen Leitbildern der gegliederten und aufgelockerten Stadt, wie sie die Entwicklung westdeutscher Städte in den 50er und frühen 60er Jahren bestimmt haben (vgl. Dokumente 3).

Während die Westtangente Anfang der 70er Jahre realisiert wird, finden die im Generalbebauungsplan von 1968 vorgezeichneten Konzepte zu einer notwendigen Erneuerung der Industrieflächen nach dem Ende der ULBRICHT-Ära kaum eine Umsetzung. Mit dem Machtwechsel zu Erich HONECKER verschiebt sich die Investitions- und Baupolitik weiter zugunsten des Wohnungsbaus, so daß die in den 60er Jahren erarbeiteten Plangrundlagen für die Ausweisung neuer Wohngebiete eine Fortschreibung finden (vgl. Abb. 77, 78 und 79).

---

[57] vgl. Leucht, K. W., 1966, S. 262

[58] vgl. Scholz, H., 1969, S. 308 f.

Abb. 77 Wohnungsbaustandorte für eine Maximalvariante (500 Tausend EW), Material zum Generalbebauungsplan 1969

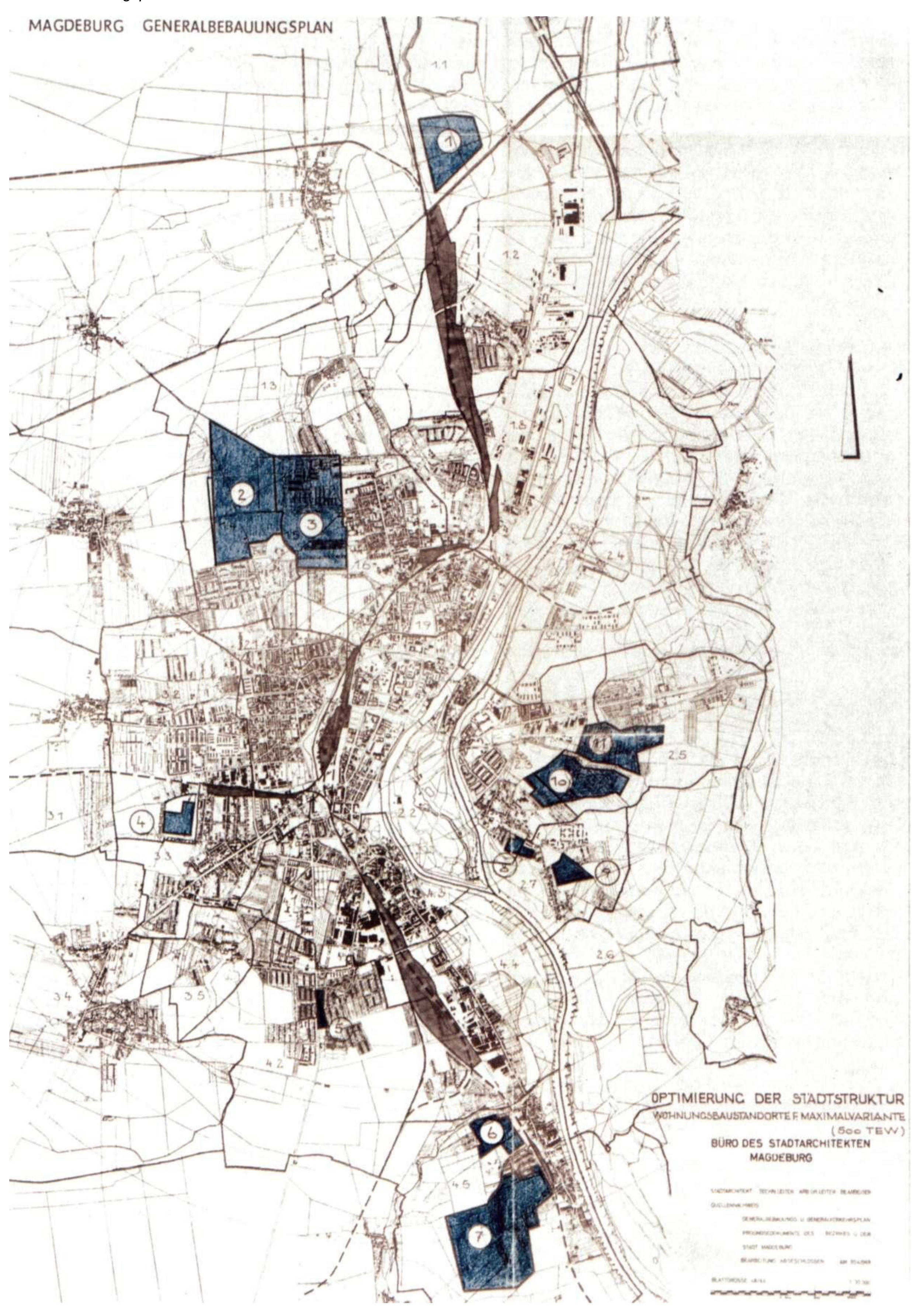


Abb. 78 Standortangebot zum komplexen Wohnungsbau 1976-1990, Büro des Stadtarchitekten, August 1975

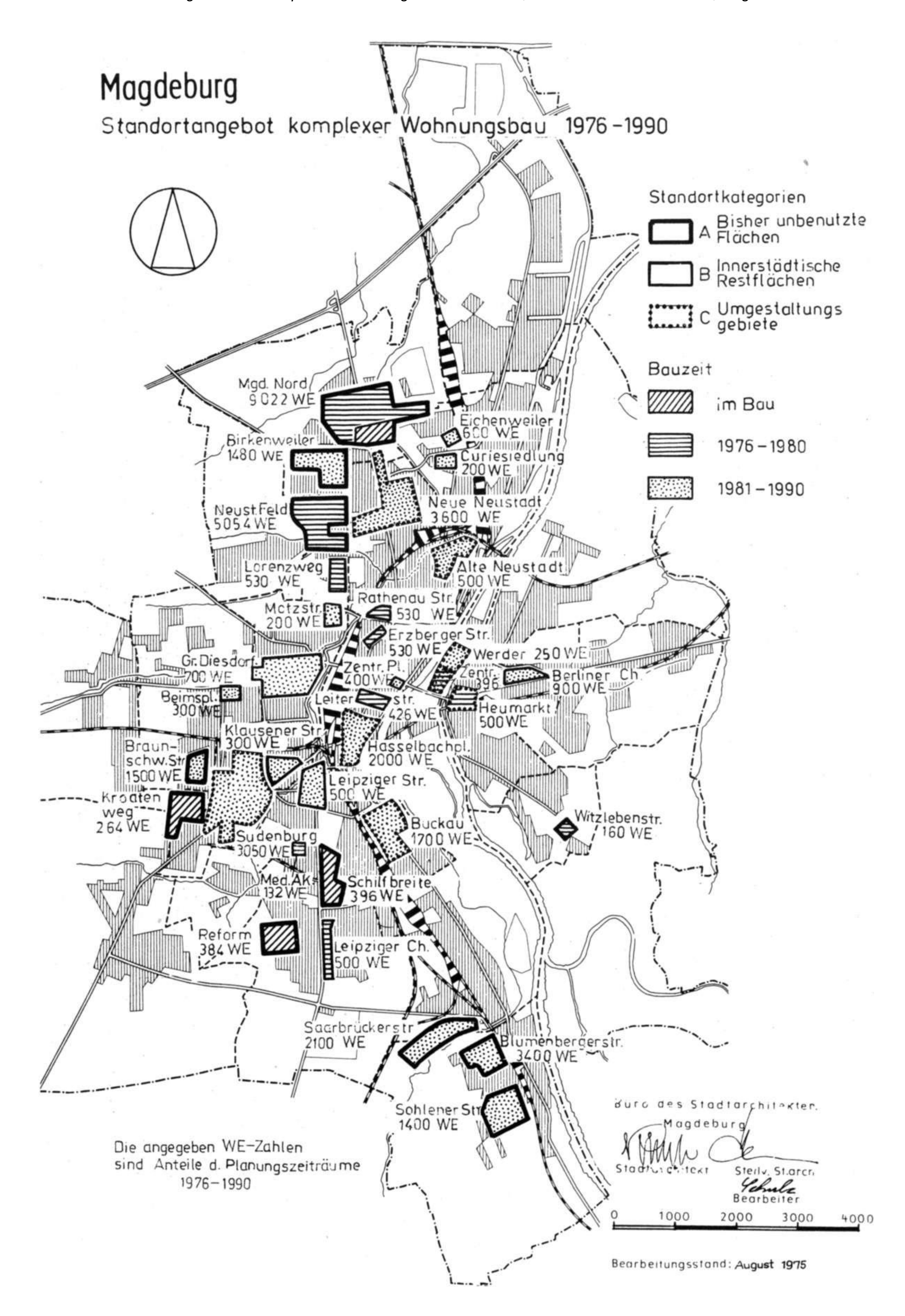


Abb. 79 Analyse von Umgestaltungsgebieten zum Generalbebauungsplan, Büro des Stadtarchitekten, 1976

MAGDEBURG
GENERALBEBAUUNGSPLAN
ANALYSE VON
UMGESTALTUNGSGEBIETEN

1 NEUE NEUSTADT
2 EICHENWEILER
3 NEUMARKT
4 ALTE NEUSTADT
5 DIESDORFER STR
6 SUDENBURG
7 HASSELBACHPLATZ
8 WERDER
9 CRACAU
10 LEIPZIGER STR
11 BUCKAU
12 SCHILFBREITE
13 REFORM
14 KROATENWEG
15 LEITERSTR
16 ERZBERGERSTR
17 TRÄNSBERG
18 WERDER
19 NORD
20 NEUSTÄDTER FELD
21 BIRKENWEILER
22 LORENZWEG
23 OLVENSTEDTER CH
24 BRAUNSCHWEIGER STR
25 LEMSDORF

TECHNISCHE INFRASTRUKTUR
UNTERSUCHUNG UMGESTALTUNGSGEBIETE
1976 - 1980
NACH 1980
ANLAGEN 76 - 80
NACH 80
WASSER
ABWASSER
POST
WÄRME
ELT
STANDORTE AUF UNBEBAUTEM GELÄNDE
MODERNISIERUNG U UMGESTALTUNG

BÜRO DES STADTARCHITEKTEN
MAGDEBURG

3.4. Ein Wachstumsszenario nach dem Wohnungsbauprogramm der SED (1971 - 1981)

Als Walter ULBRICHT am 5. Mai 1971 seiner Funktion als Erster Sekretär des ZK der SED enthoben wird und Erich HONNECKER dieses Amt übernimmt, wird der Beginn einer neuen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung und mithin auch des Städtebaus in der DDR politisch vollzogen. Die 60er Jahre verabschieden sich in Mitteleuropa mit einem ungewöhnlich harten Winter, so daß sich die Krisensymptome der Wirtschaft und eklatante Versorgungsmängel der Bevölkerung immer stärker bemerkbar machen. Dabei erscheinen angesichts gesunkener Zuwächse im Wohnungsbau auch die überzogenen Planungen für repräsentative Bauwerke in den Zentren von Berlin und den Bezirksstädten im kritischen Licht. Dadurch wird ein Wandel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeleitet, der auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 besiegelt wird. Neben einer Festschreibung der Einzelhandelspreise wird ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm der SED aufgelegt, das zunächst den Bau von insgesamt 500 000 Wohnungen im Fünfjahrplanzeitraum 1971-75 festlegt (vgl. Dokumente 8). In den detaillierten Forderungen an die gesamte Verwaltungsstruktur der DDR und die im Bauwesen beteiligten Industrieministerien kommt eine wesentliche Zentralisierung von Planungs- und Investitionsentscheidungen zum Ausdruck, so daß man von einer neuen Phase staatssozialistischer Wirtschaftspolitik und Stadtentwicklung sprechen kann. Zwei Jahre nach dem VIII. Parteitag der SED wird auf der 10. Tagung des ZK der SED im Oktober 1973 das eigentliche "Wohnungsbauprogramm" beschlossen, nach dem in der DDR zwischen 1976 und 1990 mit dem Bau von insgesamt 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen ist (vgl. Dokumente 8). Daraus leiten sich die Prioritätensetzungen zur Stadtentwicklung von Magdeburg über fast zwei Jahrzehnte hinweg ab.

Im Rückblick wird eine Art "Doppelstrategie" deutlich, die einerseits von einer zunehmenden Abschottung zum imperialistischen Gegner jenseits der Mauer und einer erneuten Zuwendung zur Sowjetunion gekennzeichnet ist und andererseits für die Bevölkerung einen höheren Lebensstandard bei stabilen Preisen und garantierter Vollbeschäftigung anstrebt. Dieser Kurs ist bis Mitte der 70er Jahre von einigen Erfolgen getragen, die mit einer vorsichtigen Öffnung der Kulturpolitik und der Lockerung verschiedener dogmatischer Verhärtungen einhergehen[59]. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen einer Strategie der finanziell nicht

[59] vgl. Wolle, S., 1998, S. 45 f.

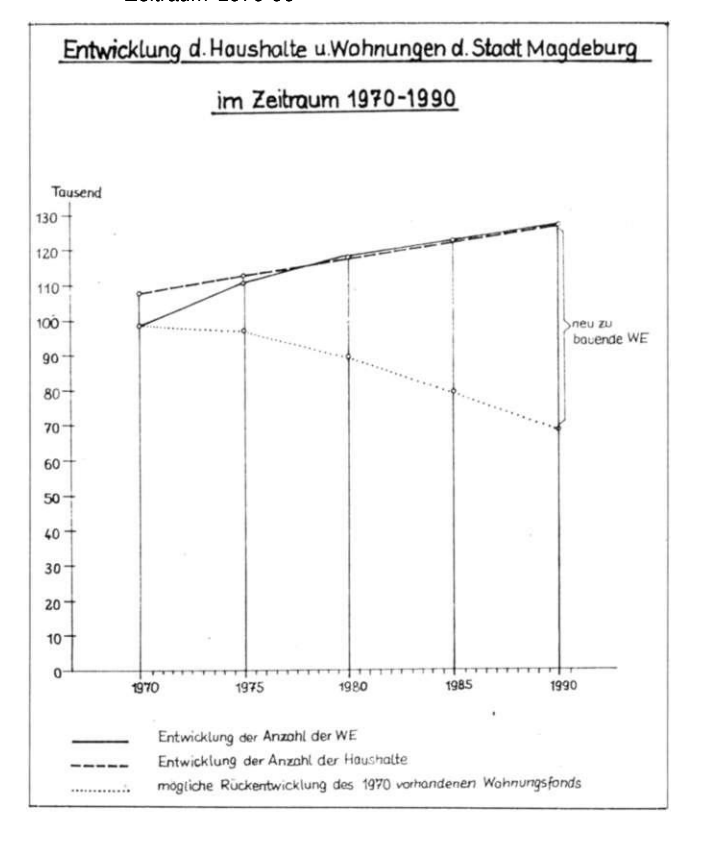
Anlage 2.4.2 - 1

Grobflächenbilanz für die Stadt Magdeburg

	Größe in ha	Größe in %		m2/EW (2751oo)
administratives Stadtgebiet insgesamt	16434,22	1oo		597,4
Baugebietsfläche gesamt	3397,65	2o,7	1oo	123,5
dav. Wohn- u. Mischgebietsflächen	2o34,4	59,9		74,o
Fläche d.zentralen Bereiche	258	7,6		9,3
Industriegebietsflächen	11o5,25	32,5		4o,2
Freifläche gesamt	12o93,87	73,5	1oo	439,6
dav. Parke	554,1	4,6		2o,2
Sportflächen	146,7	1,2		5,3
Kleingärten	594,6	4,9		21,6
Forste	742,8	6,1		27,o
landw.Flächen	9326,75	77,2		339,o
Wasserflächen	728,92	6,o		26,5
Verkehrsflächen gesamt	589,6	3,6	1oo	21,4
dav. Haupt- u. Verkehrsstr.	233,6	39,6		8,5
Eisenbahnflächen	356,o	6o,4		12,9
Sonstige Fläche	353,1	2,2		12,9

Abb. 80 Flächenbilanz zum Generalbebauungsplan, um 1975

Abb. 81 Ermittlung zum Bedarf an Neubauwohnungen für den Zeitraum 1970-90



abgesicherten Sozialleistungen und Subventionen geraten noch nicht in den Blick, so daß der IX. Parteitag der SED im Mai 1976 im gerade eröffneten "Palast der Republik" in Berlin die "Hauptaufgabe" bei der "Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" erneut als die "weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion" definiert. In der Folge werden Maßnahmen zur Erhöhung der Mindestlöhne und Renten, Fördermaßnahmen für berufstätige Mütter, Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen bis hin zu einem bezahlten "Babyjahr" eingeführt, so daß sich einige Merkmale dieser "sozialistischen Konsumgesellschaft" mit den Lebensvorstellungen der Arbeitnehmer in westeuropäischen Staaten vergleichen lassen.

Neben den steigenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt und den kontinuierlichen Zuwächsen im nahezu vollständig staatlich subventionierten Wohnungsbau erwachsen aus dieser Sozialpolitik auch Disproportionen zum produktiven Sektor der Volkswirtschaft. Infolge des auf der Konferenz von Helsinki im Jahre 1975 eingeleiteten KSZE-Prozesses bildet sich in der DDR eine gesellschaftliche Oppositionsbewegung heraus, die mit der Ausbürgerung von Wolf BIERMANN Ende 1976 und der Reaktion bekannter Künstler in der DDR auf diesen Akt ein erstes öffentliches Zeichen setzt. Deshalb verstärken sich die Maßnahmen zur Geheimhaltung von Wirtschaftsdaten und Planungsaussagen, aber auch zur Unterbindung kritischer Positionen über die gesellschaftliche Entwicklung und Perspektive der Städte. Bezogen auf die Debatten und Planungen zur Stadtentwicklung von Magdeburg können sie deshalb kaum noch offiziellen Verlautbarungen oder Literaturdokumenten entnommen werden. Deshalb legen vor allem die Plandokumente und zugehörige Erläuterungsberichte die einzigen nachvollziehbaren Zeugnisse eines widersprüchlichen informellen Prozesses ab. Der X. Parteitag der SED im April 1981 reflektiert die wachsenden wirtschaftlichen und politischen Konflikte in der Gesellschaft kaum und zementiert die vorgegebene Generallinie bis hin zu personellen Kontinuitäten in der Führungsspitze von Partei und Regierung.

Generalbebauungsplanung und Komplexer Wohnungsbau

Aus den Jahren 1969/70 bis 1976/78 sind verschiedene Fassungen des aus den frühen 60er Jahren fortgeschriebenen Generalbebauungsplanes überliefert. Vor dem Hintergrund einer Umorientierung der Städtebaupolitik auf den verstärkten Wohnungsbau weisen sie entsprechend dem Baufortschritt in den großen Wohn- und Umgestaltungsgebieten verschiedene Wachstumsszenarien aus. Diese beziehen sich sowohl auf die konzipierte Bevölkerungsentwicklung, als auch auf die räumliche Ausdehnung und großflächige Umstrukturierung der Stadt.

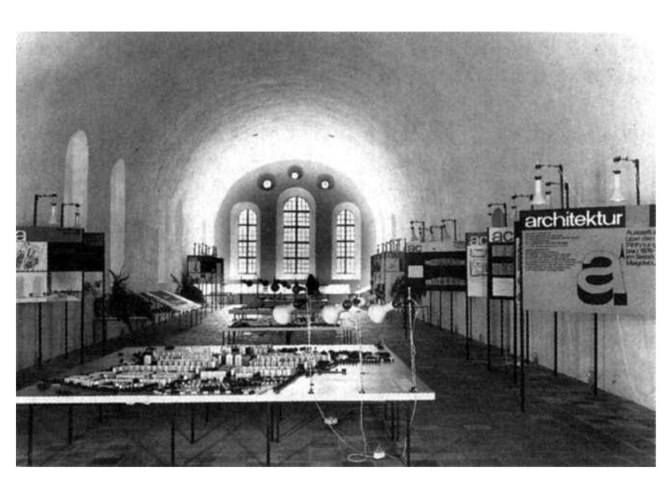
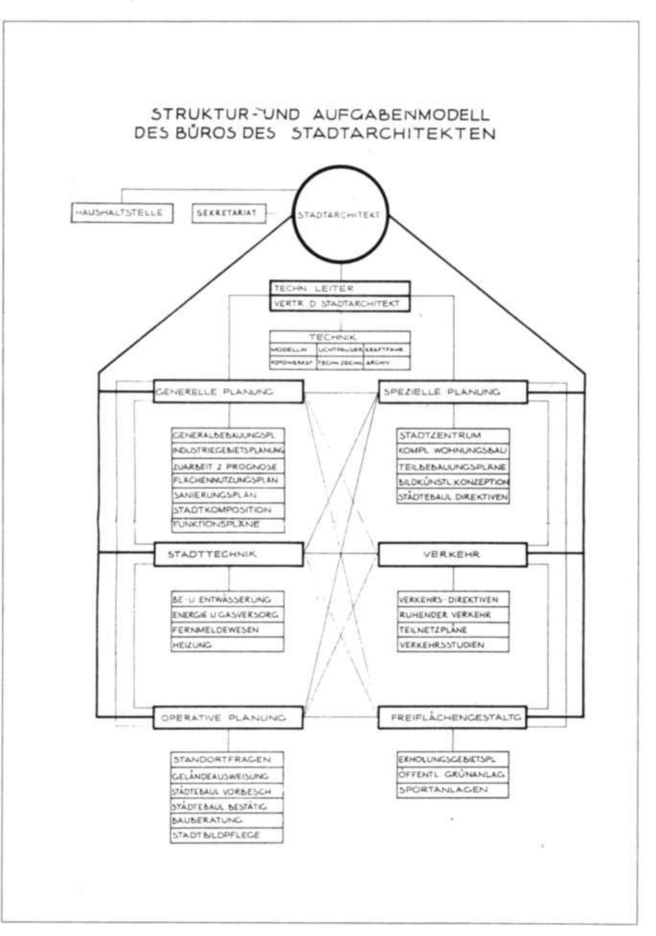


Abb. 82 Ausstellung "Architektur der Stadt Magdeburg" im Kloster Unser Lieben Frauen, 1979 eröffnet

Abb. 83 Arbeitsweise des Magdeburger Büros des Stadtarchitekten, um 1972



Einem am 30. April 1969 abgeschlossenen Plan vom Büro des Stadtarchitekten zur Optimierung der Stadtstruktur (vgl. Abb. 77) ist ein Leitmaterial zur "Prognose für die erweiterte Reproduktion der Wohnbausubstanz"[60] beigegeben. Ausgehend von der These, daß bei einem jährlichen Bauvolumen von über 4000 neuen Wohnungen im Jahre 1975 der quantitative Sättigungsgrad an Wohnungen für die aktuelle Bevölkerungszahl erreichbar ist, soll zu diesem Zeitpunkt eine qualitative Sättigung der schematisch definierten Wohnungsbedarfe begonnen werden. Deshalb wird eine Erweiterung des Wohnungsbestandes konzipiert, die sich zugleich als "Angebot" für ein entsprechendes Einwohnerwachstum der Stadt innerhalb des Territioriums versteht. Unter Berechnung der Effekte von 30 Millionen Mark Reparaturkapazitäten pro Jahr, werden mit dem Blick auf den Bauzustand der vorhandenen Wohnungsbestände 37.400 WE für den Abbruch vorgesehen. Diese Zahl könne beginnend im Jahre 1974 bei einer jährlichen Abbruchrate von 2000 Wohnungen im Jahre 1994 erreicht sein. Voraussetzung hierfür sei die Realisierung der Wohngebiete Schilfbreite, Reform, Barleber Straße und Kannenstieg. Eine "Sanierung" (die hier noch mit einem Abbruchszenario gleichgesetzt wird) soll von "innen nach außen" stattfinden und 1974-1980 im Bereich um den Hasselbachplatz, am Werder, in Brückfeld und der Neuen Neustadt beginnen. In bezug auf die Entwicklung des Wohnungsneubaus werden zwei Varianten zur Einwohnerentwicklung von Magdeburg untersucht. Man entscheidet sich für die "Halbmillionen-Version", die Erweiterungsflächen für 30 000 Wohnungen zusätzlich voraussetzt. Dabei kommen die Gebiete am Neustädter Feld, an der Sohlener Straße und in Brückfeld in Betracht (vgl. Abb. 77). Ein von der Deutschen Bauakademie herausgegebenes Arbeitsmaterial scheint ein solches Szenario zu legitimieren, das den "Anschluß von gegliederten, linearen oder netzartigen Bebauungsstrukturen an das Stadtzentrum" als Wachstumsform der Großstädte definiert[61].

Zur Erläuterung des Standortangebotes für den komplexen Wohnungsbau in den Jahren 1976-1990 (vgl. Abb. 78, 80 und 81) wird ein Informationsmaterial für die Abgeordneten des Magistrats verfaßt[62]. Darin wird auf die Präzisierung des Generalbebauungsplanes zur Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes in der Stadt Magdeburg hingewiesen und auf verschiedene Standorte eingegangen. Zum Zeitpunkt der Bearbeitung des Materials kann ein leichter Bevölkerungsrückgang in Magdeburg konstatiert werden, der mit dem Wohnungsangebot der Stadt in vorsichtigen Schritten ausgeglichen werden soll. Dabei wird von einer Bevölkerungsentwicklung auf 292 000 Einwohner im Jahre 1990 ausgegangen. Erstmals wird der Prognose auch eine differenzierte Altersstruktur zugrundegelegt, die einen Rückgang der Kleinkinder und ein Wachstum der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter voraussagt, und Schlußfolgerungen für die Planung von Kindereinrichtungen anmerkt. Für das Bauaufkommen wird nunmehr von etwa 3000 Wohnungen pro Jahr ausgegangen. Erstmals wird auch auf den Zustand des vorhandenen Wohnungsbestandes und seinen Ausstattungsgrad mit modernen Heizungen und Sanitäranlagen hingewiesen, der eine schnelle Entwicklung des "stadtgeleiteten Bauwesens" zur Kompensierung des Instandhaltungs- und Modernisierungsbedarfes nahelegt. Für die räumliche und zeitliche Planung des Wohnungsbaus werden extensive Flächen, innerstädtische Restflächen und "Umgestaltungsgebiete" definiert. Ab Mitte der 70er Jahre wird nach der absehbaren Fertigstellung der Wohnkomplexe im Norden der Stadt eine Verlagerung des extensiven Wohnungsbaus in den Südosten präferiert (vgl. Abb. 78).

Ein 1976 erstellter Übersichtsplan der Wohnungsbaustandorte mit Eintragungen zur Primärerschließung (vgl. Abb. 79) zeigt, daß auf Grund fehlender Abwasser- und Fernwärmekapazitäten im Süden der Stadt eine Verlagerung der Schwerpunkte zugunsten des Nordwestraumes erforderlich ist. Damit wird der größte Wohnungsbaustandort der 70er und 80er Jahre von Magdeburg in Olvenstedt begründet und im Generalbebauungsplan der Stadt verankert. Zugleich wird eine wachsende Disproportion des Stadtgefüges mit einer weiteren Konzentration von Wohnflächen im Norden hingenommen, die auf Grund der zahlreichen Arbeitsplatzgebiete im Süden der Stadt ein erhöhtes Verkehrsaufkommen erzeugen. Schließlich werden 1976 sogar strukturelle Begründungen des Standortes Olvenstedt auf der Gesamtstadtebene geliefert, die einen solchen Problemaufriß als Planungsansatz illustrieren (vgl. auch Abb. 97).

Eine umfassende Darstellung der Abläufe räumlicher Planung in der DDR sowie der Investitionen in den "Komplexen Wohnungsbau" als Teil der zentralgeleiteten Volkswirtschaft kann an dieser Stelle keinesfalls erfolgen. Vielmehr sollen einige Grundzüge von Entscheidungswegen der städtebaulichen Planung, insbesondere für Wohngebiete, sowie Merkmale einer hierarchischen Organisationsstruktur des Wohnungsbaus zusammengefaßt werden, die das Wesen der "Planstadt" charakterisieren. Verbindliche Planungsaussagen finden sich in folgenden Instrumenten oder Dokumenten:

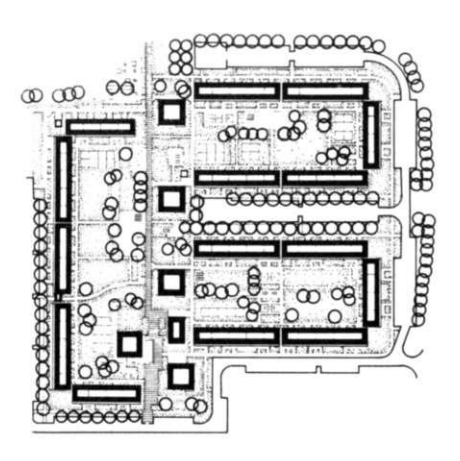
[60] vgl. im folgenden Büro des Stadtarchitekten Magdeburg: Prognose, 1969

[61] vgl. Deutsche Bauakademie, 1971, S. 10

[62] vgl. im folgenden Büro des Stadtarchitekten Magdeburg: Informationsmaterial, 1975

- Beschlüsse des Minister- oder Staatsrates und vor allem des Zentralkomitees (ZK) oder des Politbüros des ZK der SED über baupolitische Ziele und Strategien (vgl. Dokumente 2, 6, 7, 12);
- Von der Regierung beschlossene Gesetze, insbesondere über die mittelfristige Volkswirtschaftsplanung, die in Fünfjahrplänen sowie Perspektivplänen niedergelegt sind (vgl. z.B. Dokumente 2 und 8);
- Fachspezifische Gesetze und Richtlinien, wie jene für die Entwicklung des "Sozialistischen Wohnkomplexes"/1956, die "Neubauwohngebiete"/1976 und "Wohngebiete"/1986 (vgl. Dokumente 5, 9, 11);
- Planwerke der einzelnen Institutionen zur Raum- und Stadtplanung; das sind u.a. langfristige Konzeptionen zum Wohnungsbau, Generalbebauungspläne, Generalverkehrspläne u.a. (vgl. z.B. Dokument 9 und Abbildungen 38, 40, 73, 74, 77, 78, 79, 109);
- Standardisierte Planungsabläufe, wie z.B. die Erarbeitung von Bebauungskonzeptionen für Neubauwohngebiete oder Leitplanungen für Umgestaltungsgebiete.

BAUAKADEMIE DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
FORSCHUNGSVORHABEN SOZIALISTISCHER STÄDTEBAU



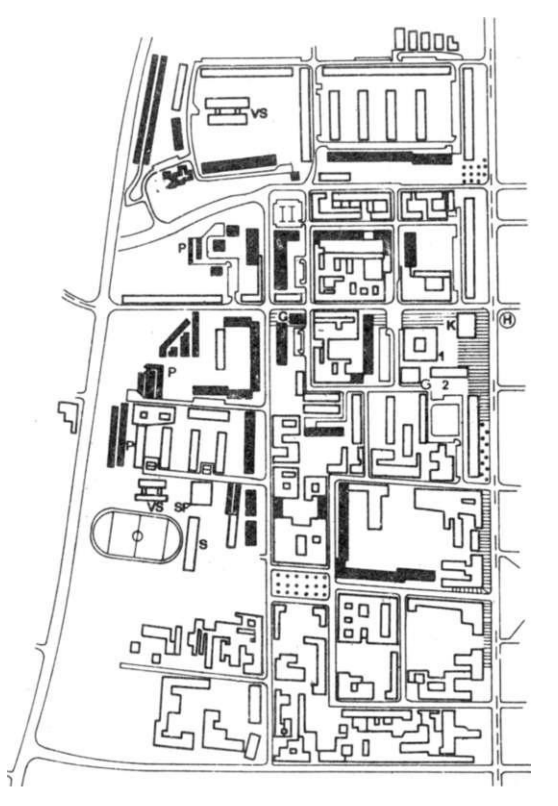
BEBAUUNGSKONZEPTIONEN
FÜR WOHNUNGSBAUVORHABEN ÜBER
1000 WE 6. BERICHT

Abb. 84 Titelbild zum 6. Bericht über begutachtete Wohnungsbauvorhaben in der DDR (Zeitraum 1976-80)

Mit der Abschaffung der Verwaltungsgliederung in Länder im Jahre 1952 und der Bildung von 16 Bezirken der DDR werden Entscheidungen zum Bauwesen bei Dominanz der volkswirtschaftlichen Kriterien entsprechend der zu diesem Zeitpunkt installierten Verwaltungsstruktur und ihrer politischen Kontrolle durch die SED getroffen. Sie werden über mehr als drei Jahrzehnte im wesentlichen beibehalten:

Ministerrat der DDR
Er bildet die Regierung der DDR und damit die Spitze des Staatsapparates. Er ist für die Leitung und Planung der gesamten Volkswirtschaft zuständig. Die Koordinierung übernimmt dabei die "Staatliche Plankommission". Innerhalb des Ministerrates agiert das Ministerium für Bauwesen mit einem Staatssekretär für Städtebau und Wohnungswesen. Dem Bauminister unterstehen das zentrale Forschungsorgan - die Deutsche Bauakademie/Bauakademie der DDR - sowie die verschiedenen zentralen Baukombinate, aber ebenso die Bezirks-, Kreis- und Stadtbauämter. Schließlich gibt es im ZK der SED parallel zu den Staatsorganen eine spezielle Fachabteilung Bauwesen, die zentrale Beschlüsse vorbereitet, durchsetzt und kontrolliert.

Abb. 85 Darstellung der Bebauungskonzeption für die Neue Neustadt im 6. Bericht der Bauakademie der DDR



Rat des Bezirkes
Er ist das oberste politische Machtorgan im Bezirk und leitet die Entwicklung der Städte und Gemeinden direkt an. Er verfügt ebenfalls über eine bezirkliche "Plankommission" und einen Bezirksbaudirektor, dem ein "Büro für Städtebau", ein "Büro für Territorialplanung" und ein "Büro für Verkehrsplanung" als Fachorgane zugeordnet sind. Außerdem

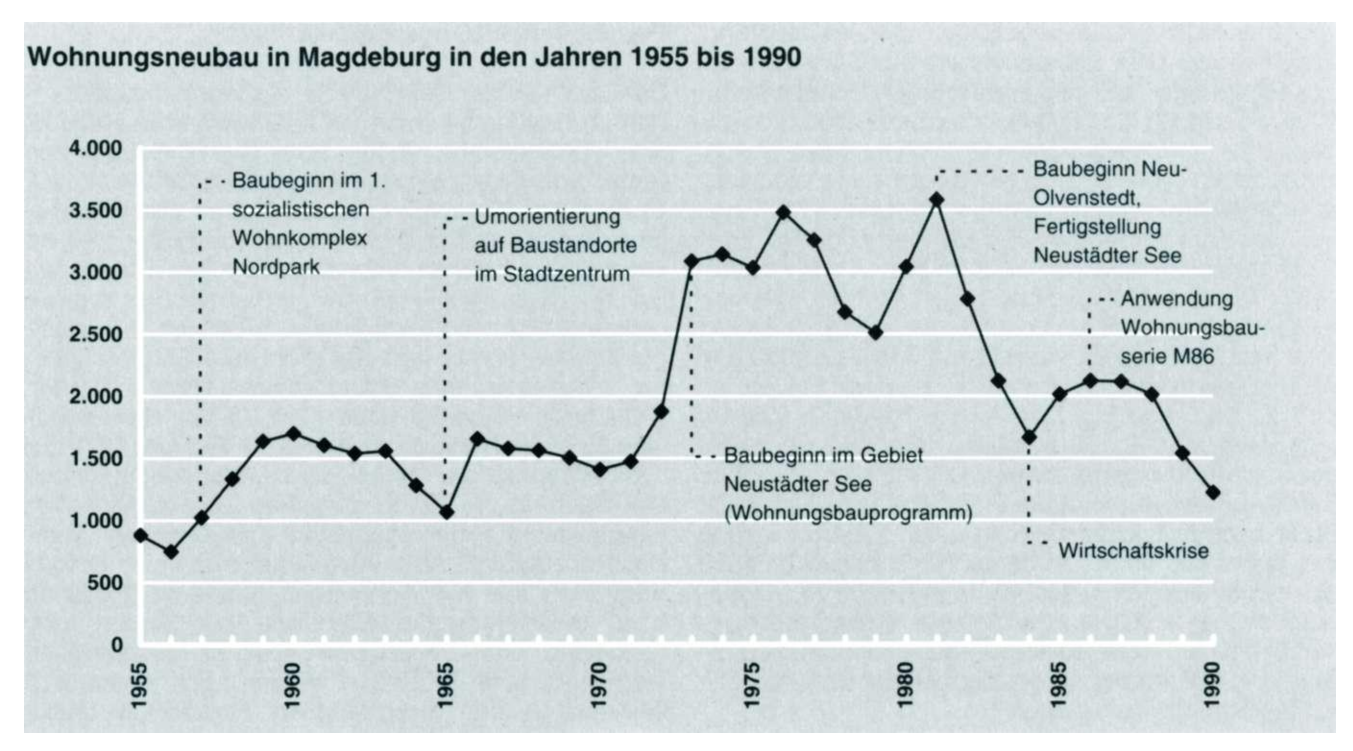


Abb. 86 Wohnungsneubau in Magdeburg 1955 bis 1990



Abb. 87 Konzeption für das Zentrum im Wohngebiet Reform (Zeichnung B. Leu), um 1970

Abb. 88 Festplatz im Zentrum des Wohngebietes Nord (Neustädter See), ca. 1980



unterstehen ihm das bezirkliche Wohnungsbaukombinat und ab 1982 in Magdeburg auch ein Baureparaturenkombinat sowie sämtliche Baubetriebe bis hin zu den genossenschaftlichen Unternehmen des gesamten Bezirkes. Die SED-Bezirksleitung unterhält ebenfalls eine eigene fachliche Verwaltung im Status einer "Kreisleitung Bauwesen" zur Durchsetzung und Kontrolle von Beschlüssen und Maßnahmen.

Rat des Kreises bzw. Rat der Stadt
In dieser lokalen Stufe der zentralen Leitungspyramide kann wiederum auf die Rolle des obersten politischen Machtorgans unter Kontrolle der jeweiligen SED-Kreis- oder Stadtleitung verwiesen werden. Zudem gibt es eine dem Magistrat zugeordnete "Stadtplankommission" und einen Stadtbaudirektor als Vertreter des Rates. Ihm untersteht das Büro des Stadtarchitekten mit verschiedenen Fachabteilungen, die für die städtebauliche Planung auf der Ebene der Gesamtstadt und einzelner Teilgebiete verantwortlich zeichnen (vgl. Abb. 83). Dem Leiter dieses Büros bleiben Sitz und Stimme im Magistrat, adäquat dem Stadtbaudirektor, versagt.

Parallel zu einer Zentralisierung der städtebaulichen Planung entwickelt sich in Magdeburg der "Komplexe Wohnungsbau", der hier wie in anderen Bezirken der DDR von einer integrierenden Instanz im Sinne eines "gesellschaftlichen Auftraggebers" koordiniert und praktisch umgesetzt wird: dem "Hauptauftraggeber Komplexer Wohnungsbau" (HAG). Er ist dem Stadtbaudirektor unterstellt und ihm obliegt der Abschluß

von Investitionsleistungsverträgen zur Vorbereitung, Projektierung und Bauausführung von Maßnahmen des Wohnungs- und des ergänzenden Gesellschaftsbaus. Er bündelt die Interessen seiner zahlreichen Auftraggeber, zu denen auch die Wohnungsbaugenossenschaften gehören, und gibt sie an seine wiederum sehr vielfältigen Auftragnehmer mit dem VEB Wohnungsbaukombinat an der Spitze weiter. Infolge eines Musterstatutes über die AWG vom 21. November 1963, das eine staatliche Kontrolle der Wohnungs- und Mitgliederzahlen bis hin zur Wohnungsvergabe regelt, sinkt die Zahl der im Auftrag von AWG's errichteten Wohnungen erheblich. Das führt zu einer Fusion, so daß ab 1980 nur noch zwei große AWG's in Magdeburg existieren. Die Entwicklung des HAG als haushaltstechnisch eigenständiger, juristisch selbständiger Betrieb und nachgeordnete Einrichtung des Rates der Stadt beginnt mit der Bildung einer "Oberbauleitung des Rates der Stadt" im Jahre 1955. Hier setzt auch die Industrialisierung des Wohnungsbaus in Magdeburg ein, so daß die institutionelle Entwicklung des HAG in seinen verschiedenen Organisationsformen die Bau- und Stadtentwicklungsetappen der DDR-Epoche in Magdeburg widerspiegelt[63].
Während die von der Deutschen Bauakademie herausgegebenen städtebaulichen Planungsgrundlagen für die Errichtung von sozialistischen Wohnkomplexen der 50er und 60er Jahre lediglich orientierende Regelwerke darstellen, so erlangt die "Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten" (vgl. Dokument 9) schließlich Gesetzescharakter[64]. Sie tritt am 1. Januar 1976 in Kraft und bindet damit die Zuweisung staatlicher Investionen für den Komplexen Wohnungsbau an die nachweisliche Einhaltung ihrer Maßgaben. Das betrifft insbesondere die Wohnungsbauvorhaben über 1000 WE an einem Standort, für die zur Entscheidung über notwendige Investitionen beim Ministerium für Bauwesen ein Konzept einzureichen ist. Dieses wird von einer speziellen Abteilung "Begutachtung" beim Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie geprüft. Im Rahmen von Forschungsvorhaben gibt das mit der fachlichen Beurteilung betraute Institut interne wissenschaftliche Berichte heraus (vgl. Abb. 84), die ausgewählte Wohnungsbaustandorte dokumentieren, zu denen auch die Beispiele aus Magdeburg zählen (vgl. Abb. 85).

Nach der Realisierung von drei kleineren Wohnungsbaustandorten im Süden von Magdeburg, u.a. in Reform (vgl. Abb. 87), erreichen mit dem Baubeginn des vielgeschossigen Abschnitts im Wohngebiet Magdeburg-Nord am Neustädter See im Jahre 1973 die jährlichen Wohnungsbauzahlen die prognostizierten 3000 WE (vgl. Abb. 86). Die siebziger Jahre stellen deshalb den Höhepunkt der Erweiterungsphase von Magdeburg durch extensiven Wohnungsbau dar.

[63] Quelle: Ausstellungstafeln aus dem Jahre 1988, Altregistraturgut der Stadt Magdeburg

[64] vgl. Rietdorf, W., 1996, S. 187

Das Eigenheimprogramm von 1972

Bereits im ersten Beschluß für ein Wohnungsbauprogramm zum Fünfjahrplan 1971-75 wird in der Anlage 2 eine spezielle Verordnung über die Förderung des Baues von Eigenheimen vom 10. Oktober 1971 (vgl. Dokumente 10) aufgenommen. Neben der Erschließung von privaten und lokalen Baukapazitäten zielt sie vor allem auf die kinderreichen Familien, die in den kleinen Typenwohnungen der großen Wohnkomplexe nicht ausreichend versorgt werden können. Nur wenige Wochen später legt das Büro des Stadtarchitekten Magdeburg eine Standortuntersuchung für den individuellen Eigenheimbau 1972/75 vor, die Grundlage für einen Ratsbeschluß vom 14. Februar 1972 zur "Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bevölkerung durch den Bau von individuellen Eigenheimen, Erholungsbauten und Garagen" wird. Das Konzept (vgl. Abb. 90) gliedert sich in ein Sofortprogramm über 755 Wohnungen, für die erschlossene bzw. teilerschlossene Standorte auf Acker- und Grabeland oder ungenutzten Flächen ausgewiesen werden. In einer II. Etappe werden noch einmal 675 Wohnungen auf verschiedenen Standorten untersucht, die im Zusammenhang mit den geplanten Wohnkomplexen oder als Ergänzung der Siedlungen aus den 30er Jahren eine zusätzliche Erschließung erfordern. Für die Erfassung der Größenordnung

Abb. 89 Standortuntersuchung für den Eigenheimbau in Stadtfeld, Büro des Stadtarchitekten, 1972 (in Teilen realisiert)

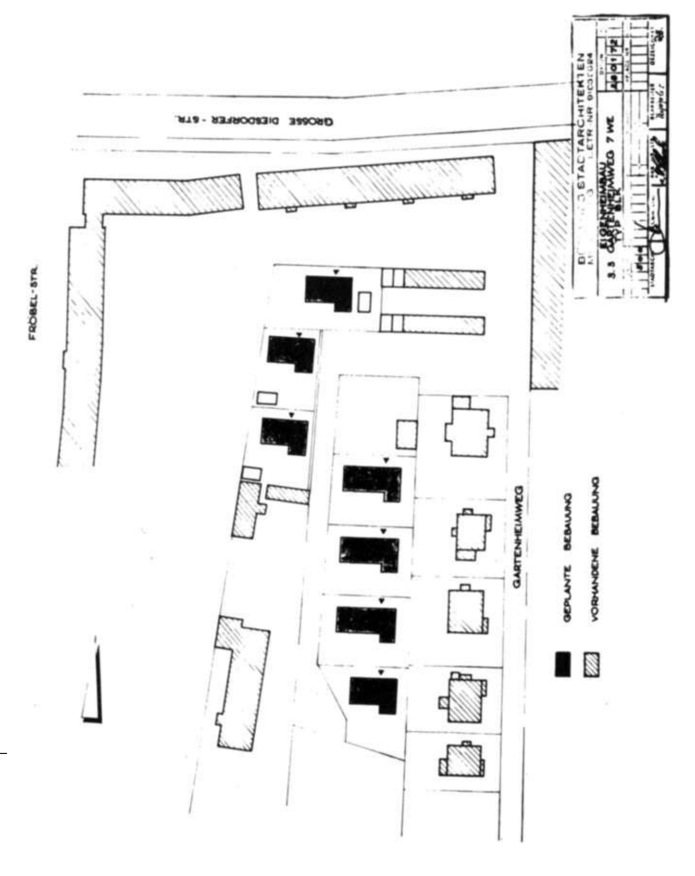


Abb. 90 Konzeption für Eigenheimstandorte, Büro des Stadtarchitekten, 1972

MAGDEBURG GENERALBEBAUUNGSPLAN

KONZEPTION I

EIGENHEIMBAU 1972 - 1973
KENNZEICHEN: TEILERSCHLOSSENE FLÄCHEN, ERSCHLIES-SUNGSMASSN. ERFOR-DERL., GELÄNDE ÜBER-WIEGEND EIGENT. D. VOLKES, BAU IM KOM-PLEX MÖGLICH.

EIGENHEIMBAU 1973 - 1975
KENNZEICHEN: ERSCHLIESSUNGS-MASSNAHMEN ER-FORDERLICH, TEILW. PRIVATGEL., BAU IM KOMPLEX MÖGLICH.

EIGENHEIMBAU 1973 - 1975
KENNZEICHEN: KEINE ERSCHLIES-SUNGSMASSNAHMEN, PRIVATGELÄNDE, EINZELSTANDORTE IN VORH. SIEDLUNGEN

EIGENHEIMBAU NACH 1975
KENNZEICHEN: ÄUSSERE U. INNERE ERSCHLIESSUNGS-MASSNAHMEN ER-FORDERLICH, TEIL-WEISE VORHANDE-NE KLEINGÄRTEN

KRANICHWEG

LINDENWEILER

HARSDORFER STR.

TREBNITZER STR.

HOPFENGARTEN

LÜTTGEN SALBKE

MAGDEBURG GENERALBEBAUUNGSPLAN
KONZEPTION ZUR STADTENTWICKLUNG
STANDORTE D. EIGENHEIMBAUS
BÜRO DES STADTARCHITEKTEN
MAGDEBURG

einzelner Standorte fertigt das Büro des Stadtarchitekten jeweils Bebauungsstudien (vgl. Abb. 89). Die zugrundeliegenden Gebäudetypen werden einer "Vorinformation über Projekte für den Eigenheimbau"[65] entnommen, die am 15. Dezember 1971 von einer Gutachterstelle beim Ministerium für Bauwesen herausgegeben worden ist. Hier finden sich Projekte für Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser aus verschiedenen Baukombinaten und örtlichen Baubetrieben der DDR, die zum großen Teil auf der Basis vorgefertigter Bauteile entwickelt worden sind. Im Büro des Stadtarchitekten Magdeburg werden fünf Typen ausgewählt, die für 4 bis 7 Personen geeignet sind. Auf der Basis dieser Konzeption werden insgesamt 12 Standorte (vgl. S. 116 ff. Band 2) entwickelt, die sich in Stadtrandlagen über das gesamte Stadtgebiet von Magdeburg verteilen.

Experimentierfelder für die Bauakademie der DDR

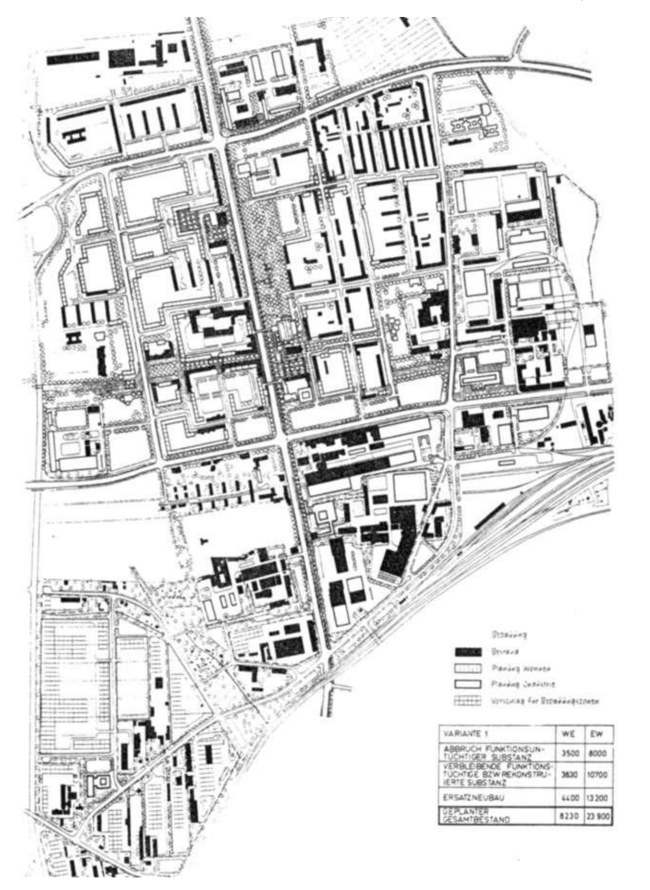
Seit Beginn der 50er Jahre nimmt in Magdeburg die zentrale Forschungseinrichtung des Bauwesens - die Deutsche Bauakademie (ab 1971 Bauakademie der DDR) - Einfluß auf die wichtigsten Projekte der Stadtentwicklung. Bereits vor ihrem Ausbau zu einem Großforschungszentrum in den 60er Jahren spielen neben dem Vizepräsidenten und "Konsultanten", Prof. Edmund COLLEIN, insbesondere die Institute für Bauwesen, für Hochbau und für Typenbauten auch in Magdeburg eine dominierende Rolle. Das setzt sich in den 60er und 70er Jahren durch intensive Forschungskontakte mit dem auf Industrieentwicklung spezialisierten Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung (mit Sitz in Halle) und dem Institut für Städtebau und Architektur (mit Sitz in Berlin) fort[66]. Dabei werden städtebauliche Planungen teilweise in Arbeitsgemeinschaft mit Angehörigen des Büros des Stadtarchitekten Magdeburg durchgeführt und es findet eine Vermittlung zentraler wissenschaftlicher Erkenntnisse durch einzelne Personen statt, die als Mitarbeiter der Bauakademie vor Ort in Magdeburg tätig werden oder dort sogar leitende Positionen übernehmen. Auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen dem Ministerium für Bauwesen, dem Präsidium der Bauakademie der DDR und dem Rat der Stadt Magdeburg werden in den 70er Jahren zwei interessante Experimentalplanungen in Magdeburg durchgeführt, die in der zeitgenössichen Debatte eine wichtige Rolle spielen und Leitbilder darstellen, die den realen Planungs- und Bauprozeß in Magdeburg begleitet haben.

65 vgl. Ministerium für Bauwesen (Hg.), 1971

66 vgl. Werner, F., 1981, S. 168 ff.



Abb. 91 Lageplan des Stadtbezirkes Nord mit dem Umgestaltungsgebiet Neue Neustadt



VARIANTE 1	WE	EW
ABBRUCH FUNKTIONSUNTUCHTIGER SUBSTANZ	3500	8000
VERBLEIBENDE FUNKTIONSTUCHTIGE BZW REKONSTRUIERTE SUBSTANZ	3830	10700
ERSATZNEUBAU	4400	13 200
GEPLANTER GESAMTBESTAND	8230	23 900

Abb. 92 Bebauungskonzept für das Umgestaltungsgebiet Neue Neustadt mit dem verbleibenden Gebäudebestand, 1976



Abb. 93 Situation im westlichen Teilgebiet der Neuen Neustadt, um 1975

Das Umgestaltungsgebiet Neue Neustadt

Die Neue Neustadt entsteht ab 1808 als selbständige Siedlung auf einem interessanten städtebaulichen Grundmuster mit rektangulären Baublöcken, Hauptstraßen und vier kleineren Plätzen. Nach der Zerstörung 1812/13 wird sie mit mehrgeschossigen Wohn- und Mietshäusern sowie eingelagerten Gewerbestätten wieder aufgebaut und nach dem 1896 erfolgten Zusammenschluß mit Magdeburg siedeln sich im Süden entlang der Bahn Industriebetriebe an. Nach einer erneuten starken Zerstörung im II. Weltkrieg werden vor allem im Ostteil ab Mitte der 50er Jahre freigewordene Bauflächen mit den typischen Gebäudezeilen des industrialisierten Wohnungsbaus gefüllt, bis um 1970 auf der Westseite der Lübecker Straße achtgeschossige Plattenbauten das Bild prägen. Zur gleichen Zeit werden im Norden beiderseits des Ringes die Wohnkomplexe Barleber Straße und Kannenstieg begonnen und das Konzept für den westlich der Neuen Neustadt gelegenen Standort auf dem Neustädter Feld/ Milchweg präzisiert. Das historisch gewachsene Wohn- und Mischgebiet mit zahlreichen Althausbeständen und immer noch freistehenden Trümmergrundstücken (vgl. Abb. 93) wird bereits in den ersten Generalbebauungsplänen als "Umgestaltungsgebiet" und potentieller Wohnungsbaustandort deklariert. Auf dieser Grundlage erarbeitet ein Kollektiv der Experimentalwerkstatt im Institut für Städtebau und Architektur bei der Bauakademie der DDR gemeinsam mit dem Büro des Stadtarchitekten Magdeburg eine Experimentalplanung, die im Oktober 1974 der Bevölkerung in einer Ausstellung gezeigt und im Mai 1975 in einer Dokumentation zusammengefaßt wird.

Dabei wird das Gebiet der Neuen Neustadt mit einem Anteil von 27% gewerblicher Nutzung als historisch gewachsener Mittelpunkt des Stadtbezirkes Nord betrachtet, der für die angrenzenden großen Wohnkomplexe zentrale Funktionen übernehmen soll

[67] vgl. Magdeburg Neue Neustadt, o. J., S. 9

[68] ebenda S. 13

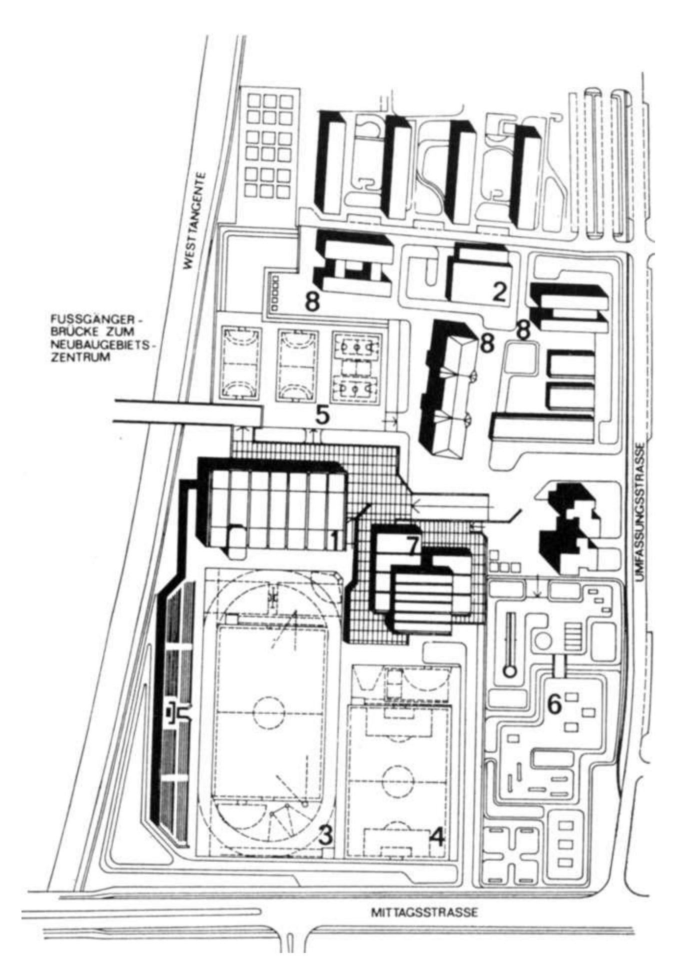
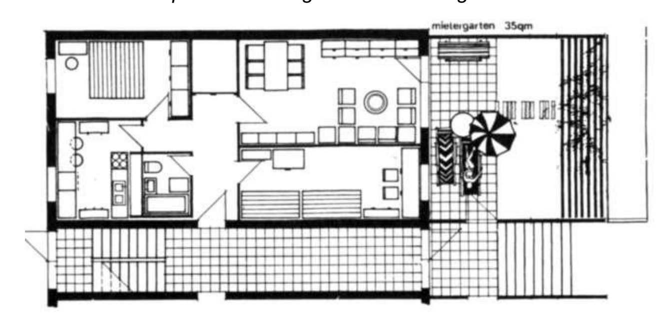
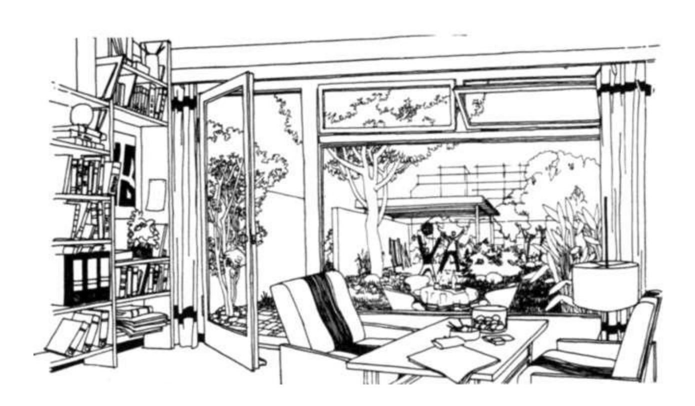


Abb. 94 Konzept für eine Sportanlage anstelle einer vorhandenen Produktionsstätte (teilweise realisiert)

Abb. 95 Konzept für eine Erdgeschoßwohnung mit Garten





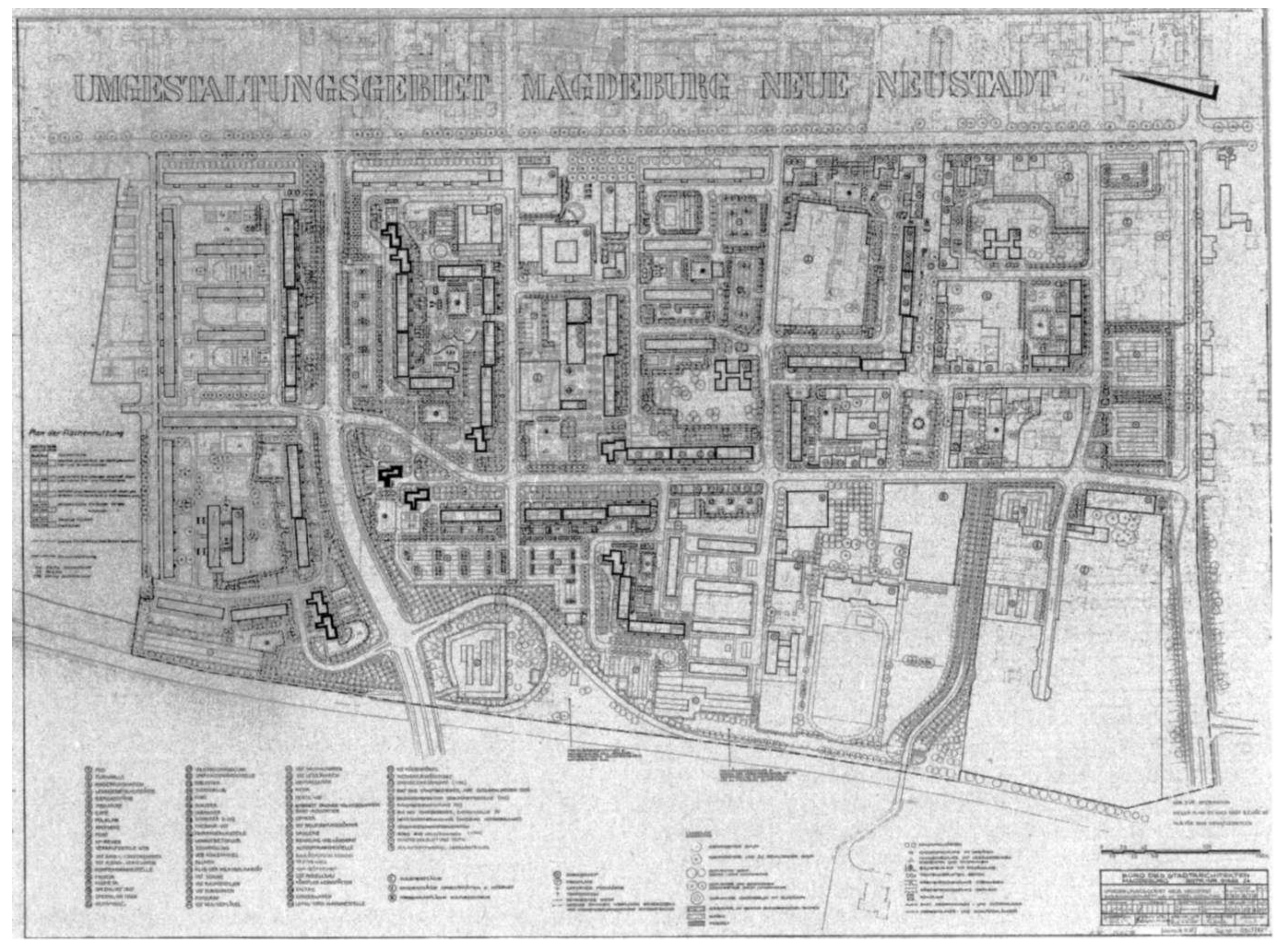


Abb. 96 Bebauungskonzept für den Westteil der Neuen Neustadt, Büro des Stadtarchitekten, 1978 (teilweise umgesetzt)

(vgl. Abb. 91), aber hinsichtlich der im Bau befindlichen Neubaugebiete durch ein wachsendes Niveaugefälle der Arbeits- und Lebensbedingungen geprägt ist[67]. Das als "Funktionsgebiet der Stadt" verstandene Gesamtgebiet wird in drei Teilabschnitten untersucht, für die unterschiedliche Entwicklungsoptionen formuliert werden. Für den südöstlichen Abschnitt wird ein "Rationalisierungsbereich der Industrie" durch Abbau der Wohnfunktion deklariert. In dem von Kleingärten, einem Friedhof und einer Siedlung durchmischten Teil im Süden sollen Erweiterungsflächen für die Industrie erschlossen werden. Für den 118 ha großen Kernbereich beiderseits der Lübecker Straße wird eine "Neuordnung von Flächen mit entwicklungshemmender Mischstruktur zugunsten des Wohnungsbaus und gesellschaftlicher Einrichtungen"[68] angestrebt. Er wird als das eigentliche Umgestaltungsgebiet deklariert und mit dem Attribut "Sanierungsbereich der Industrie" versehen. Mit den Argumenten zu einer unrationellen Verzahnung von Wohn- und Gewerbeflächen, einem hohen Überbauungsgrad des Althausbestandes und dem Mangel an Freiflächen wird einer Konzentration der Umgestaltungsmaßnahmen auf zusammenhängenden Flächen die Priorität eingeräumt. Das kommt den technologischen Erfordernissen der Plattenbauweise entgegen, die in einer entsprechend kompakten Form auch eine Erhöhung der Einwohnerdichte auf 199 EW/ha erbringen soll. Im Ergebnis der Analyse werden vor allem im Westteil sowie entlang der Ostseite der Lübecker Straße große Areale für den Flächenabriß vorgesehen und mit einer Neubaustruktur überlagert. In einer Vorzugsvariante sollen 3500 WE funktionstüchtiger Substanz abgebrochen und durch 4400 WE im Neubau ersetzt werden. Bei einem Verbleib von 3860 relativ neuer oder rekonstruierter Substanz ergibt sich daraus ein geplanter Bestand von 8230 Wohnungen für etwa 23 900 Einwohner (vgl. Abb. 92). Die städtebauliche Struktur des auf diese Weise umgestalteten historischen Stadtquartiers ist von großen hofartigen Bebauungen, z.T. auch mit eingelagerten neuen Kindereinrichtungen gekennzeichnet. Im Bereich des Nikolaiplatzes und südlich der Haidensleber Straße sind zentrale Einrichtungen und Versorgungsstätten in der für die Wohnkomplexe typischen Pavillonbebauung vorgesehen. Nördlich der Nikolaikirche wird sogar ein Hochhaus mit einer Überbauung der Lübecker Straße vorgeschlagen. Der städtebauliche Entwurf basiert im wesentlichen auf der Wohnungsbauserie 70 (WBS 70), die als "Erzeugnis" für die Anwendung in Umgestaltungsgebieten weiterentwickelt werden soll. Dabei wird ein erhöhter Anteil an

M A G D E B U R G
EXPERIMENTALWOHNGEBIET AN DER OLVENSTEDTER CHAUSSEE

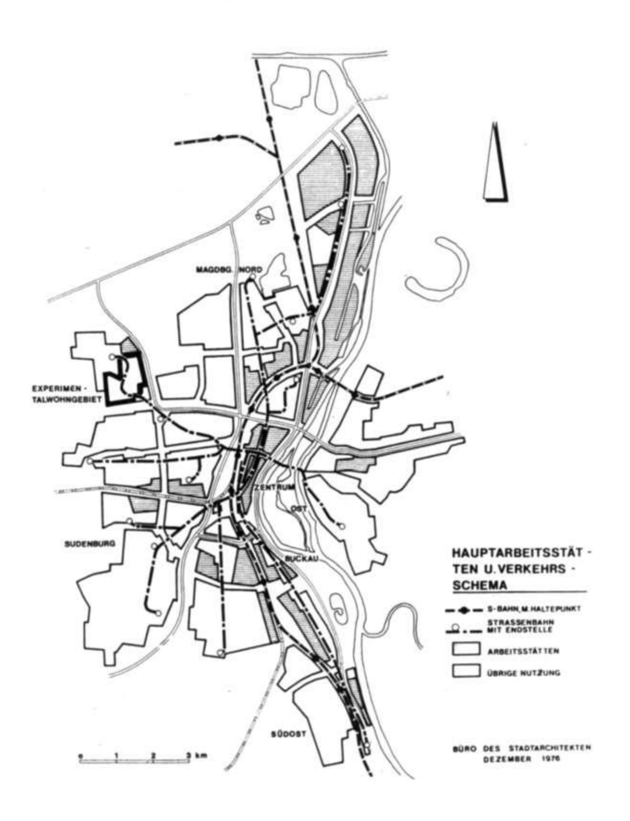
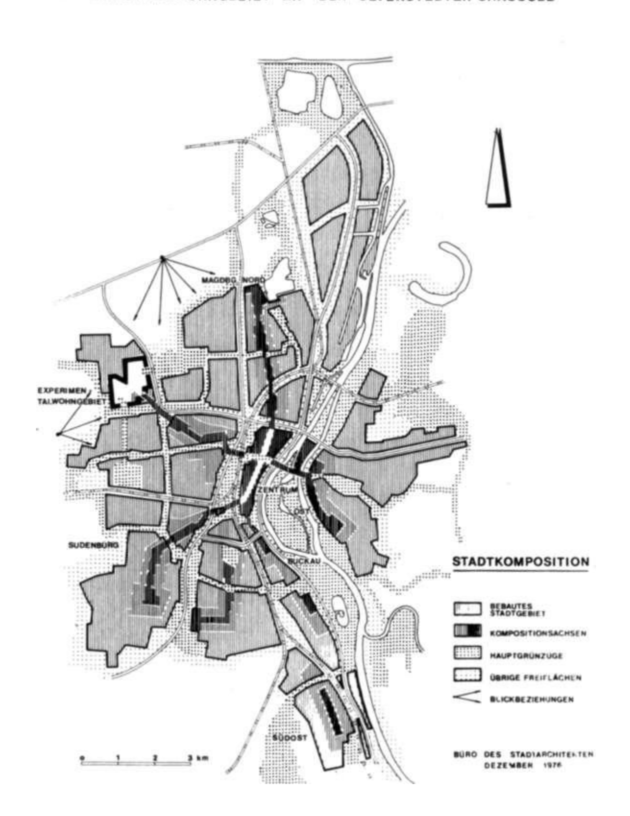


Abb. 97 Städtebauliche Leitplanung für den Wohnungsbaustandort Neu-Olvenstedt, Büro des Stadtarchitekten, 1976

M A G D E B U R G
EXPERIMENTALWOHNGEBIET AN DER OLVENSTEDTER CHAUSSEE



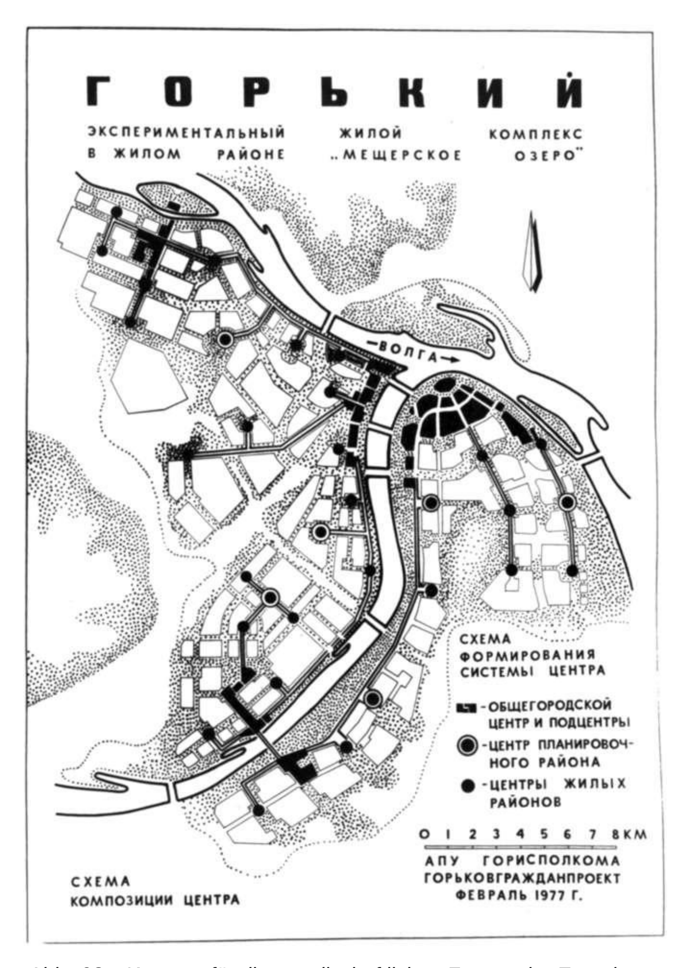


Abb. 98 Konzept für die gesellschaftlichen Zentren im Experimentalwohnkomplex in Gorki, 1977

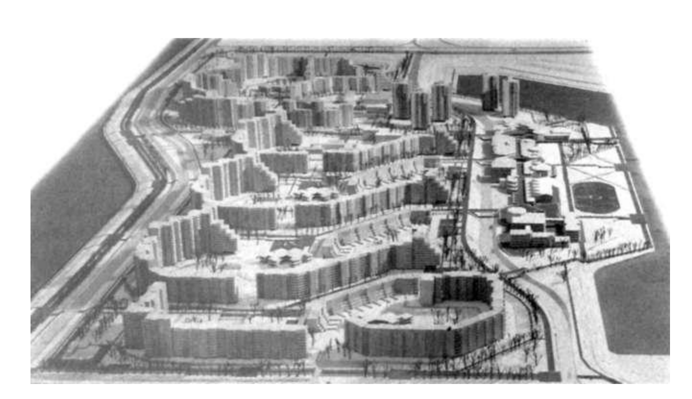


Abb. 99 Modell für ein Wohnquartier im Experimentalwohnkomplex Gorki

3- und 4-Raumwohnungen angestrebt, um den Wohnungsschlüssel der Gebiete zu verbessern. Zugleich sollen variable Blocklängen, geschlossen bebaubare Ecken und durch öffentliche Einrichtungen oder besondere Wohnformen nutzbare Erdgeschosse (vgl. Abb. 95) möglich sein. Das gesamte Untersuchungsgebiet Neue Neustadt wird den Planungsrichtlinien für den Komplexen Wohnungsbau (vgl. Dokument 9) unterzogen, so daß

im Bestand erhebliche Defizite in der Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen (Bildung, Kinderbetreuung, Einzelhandel, Dienstleistungen, soziale Betreuung, Sport) und zugehörigen Freiflächen festgestellt werden. Unter Berücksichtigung der geforderten Kennwerte werden deshalb Flächen ausgewiesen. Hierzu gehört auch das Konzept für eine größere Sportanlage an der südlichen Umfassungsstraße, die als Umnutzung einer Industriefläche vorgesehen wird (vgl. Abb. 94). Mit dem für die Neue Neustadt entwickelten städtebaulichen Leitbild werden Mitte der 70er Jahre in Magdeburg elf Umgestaltungsgebiete analysiert (vgl. Abb. 79), in denen im Zeitraum 1976-90 insgesamt 15 400 Neubauwohnungen realisert werden könnten[69]. Dieser Planungsansatz wird nur partiell umgesetzt.

Bereits in der Experimentalplanung wird der räumliche Schwerpunkt des Umgestaltungsgebietes Neue Neustadt auf der Westseite zwischen dem Magdeburger Ring und der Lübecker Straße gesehen. Diesen Vorschlag greift das Büro des Stadtarchitekten auf und erarbeitet 1978/80 eine Bebauungskonzeption für diesen Bereich, in der verschiedene Realisierungsabschnitte gekennzeichnet sind (vgl. Abb. 96). Dabei gestaltet sich der geplante Eingriff in die vorhandene Bausubstanz bereits behutsamer, weil neben dem akzeptierten Erhalt des historischen Gebietscharakters vor allem wirtschaftliche Erwägungen eine großflächige Verlagerung der vorhandenen Industrie- und Gewerbebetriebe verhindern. Außerdem übersteigt der Kostenaufwand für Entschädigung, Grunderwerb und Umzug sowie den Gebäudeabbruch je neu zu bauender Wohnung das Normativ für den "Komplexen Wohnungsbau" . Dennoch wird 1985 ein erster Bauabschnitt beiderseits der Umfassungsstraße mit 638 Wohnungen vom Typ P2 realisiert, für den Abbruche auf zusammenhängenden Flächen vorgenommen worden sind[70].

Der Experimentalwohnkomplex Neu-Olvenstedt

Während die Experimentalplanung für das Umgestaltungsgebiet Neue Neustadt wesentlich stärkeren Leitbildcharakter behält und auf Grund fehlender geeigneter Baukapazitäten nur verzögert und partiell in den realen Prozeß der Stadtentwicklung von Magdeburg eingreift, so ist der Wohnkomplex Olvenstedt tatsächlich ein "gebautes Experiment". Da die

Verlagerung des Wohnungsbaus auf innerstädtische Flächen zum Ende der 70er Jahre nur unzureichend gelingt, wird auf Grund von konkreten Maßgaben der Bezirksplankommission von Magdeburg die Standortkonzeption für die Jahre 1981-85 insoweit geändert, als daß nur 13,3 % der neuen Wohnungen auf Umgestaltungsflächen, aber 86,7 % auf unbebauten Flächen zu errichten sind. Hierzu gehört der Standort "Olvenstedter Chaussee", für den zu diesem Zeitpunkt etwa 8000 Wohnungen vorgesehen werden. Bei einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung von Magdeburg sollen diese neuen Wohnungen den absoluten Erweiterungsbedarf ausgleichen, aber auch den Ersatz für überalterte, qualitativ nicht mehr genügende Bausubstanz in der Stadt absichern. 1978 schätzt man diesen bis 1990 anwachsenden Bedarf auf 25 000 Wohnungen[72].

Dem Wohnungsbaustandort "Olvenstedter Chaussee" wird auf Grund einer Sonderregelung eine deutlich höhere Kennziffer für die Planung zugestanden als für die übrigen Vorhaben[73] in der Stadt Magdeburg. Das geht auf ein Regierungsabkommen zwischen der UdSSR und der DDR vom 9. Dezember 1975 auf dem Gebiet des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus zurück, das die Realisierung von Experimentalwohnkomplexen in den Städten Magdeburg an der Elbe und Gorki (heute wieder Nishni Nowgorod) an der Wolga vorsieht (vgl. Abb. 97 und 98). Dabei sollen Erfahrungen bei der Planung, Projektierung und Bauausführung ausgetauscht werden. Auf Seiten der DDR wird das Projekt von der Bauakademie der DDR und ihren Instituten für Wohn- und Gesellschaftsbauten sowie Städtebau und Architektur, vom Rat der Stadt Magdeburg unter Federführung des Stadtbauamtes und Büro des Stadtarchitekten und schließlich vom VEB Wohnungsbaukombinat Magdeburg (WBK-Projekt) getragen. Für die fachliche Koordinierung und Planung kommt dem Stadtarchitekten von Magdeburg die Position eines Chefarchitekten für den Experimentalwohnkomplex zu.

Im Januar 1977 legt die Arbeitsgemeinschaft eine Aufgabenstellung für die Projektierung des Experimentalwohngebietes an der Olvenstedter Chaussee vor, der eine stadträumliche Analyse zugrundeliegt. Das neue Wohngebiet im Nordwesten der Stadt, das etwa 4 km vom Stadtzentrum entfernt liegt, verändert die Stadtstruktur von Magdeburg erheblich (vgl. Abb. 97). Laut Aufgabenstellung[74] soll es die bis dato selbständige Gemeinde Olvenstedt entlang einer "historisch gewachsenen Achse" von der Berliner Chaussee über die Strombrücke, den Zentralen Platz, den Olvenstedter Platz und die alte Chaussee mit der Stadt verknüpfen. Zugleich soll der neue Wohnstandort den nordwestlichen Stadtrand zur Autobahn markieren, wo er einen besonderen Blickpunkt von der Raststätte Börde bilden kann[75]. Es wird eingeräumt, daß aus der Gestaltung dieser Ost-West-Achse als Bindeglied für Magdeburg eine schwierige städtebauliche Aufgabe erwächst, weil sie lediglich Trasse für eine Straßenbahnlinie bleiben würde, die bis nach Olvenstedt auf eigenem Gleiskörper verlängert werden soll. Insgesamt soll

[69] Wohnungsbau 1976-90, o. J., S. 2

[70] vgl. Karl, H.; Ungewitter, C, 1984, S. 410

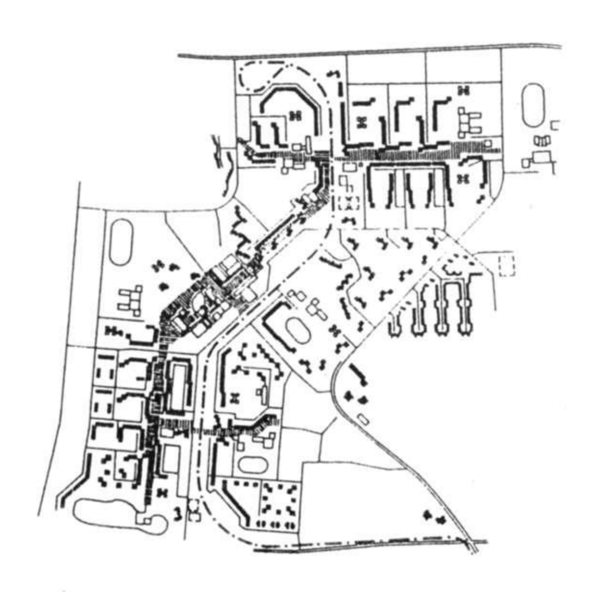
[72] vgl. Kirsch, H., 1978, S. 588

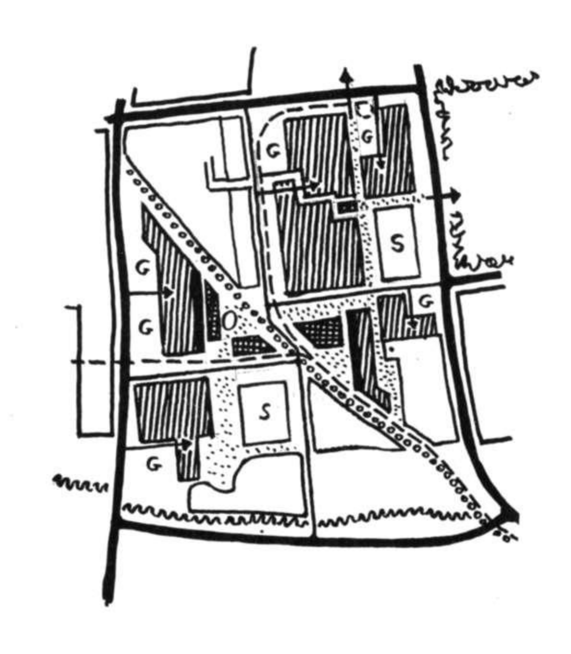
[73] vgl. Wohnungsbau, 1981-1985, a.a.O., S. 3 f., Für den Wohnungsbau in der Neuen Neustadt werden 72 Tausend Mark, für Olvenstedt 80 Tausend Mark pro Wohnung veranschlagt.

[74] Experimentalwohnkomplex Magdeburg: Aufgabenstellung, 1977, S.9ff.



Abb. 100 Flächenausweis für das Experimentalwohngebiet Olvenstedt, Büro des Stadtarchitekten, 1976





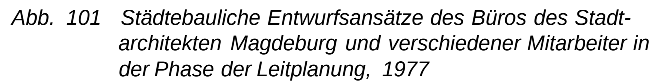
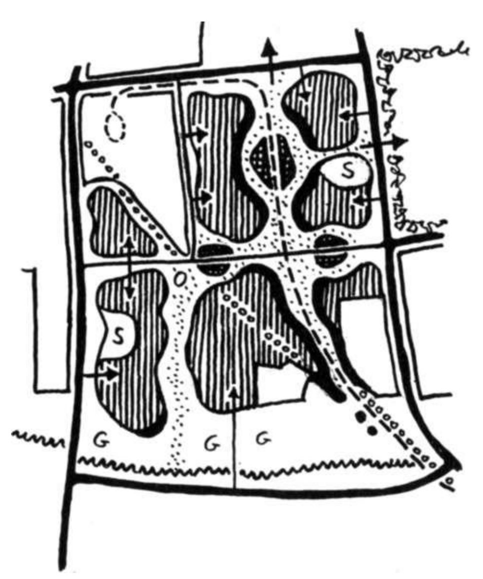
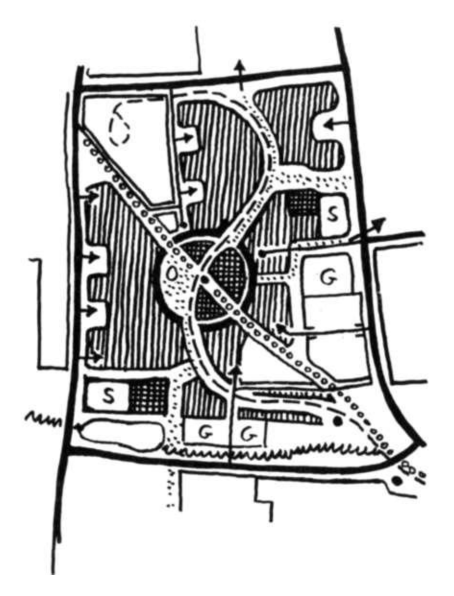


Abb. 101 Städtebauliche Entwurfsansätze des Büros des Stadtarchitekten Magdeburg und verschiedener Mitarbeiter in der Phase der Leitplanung, 1977





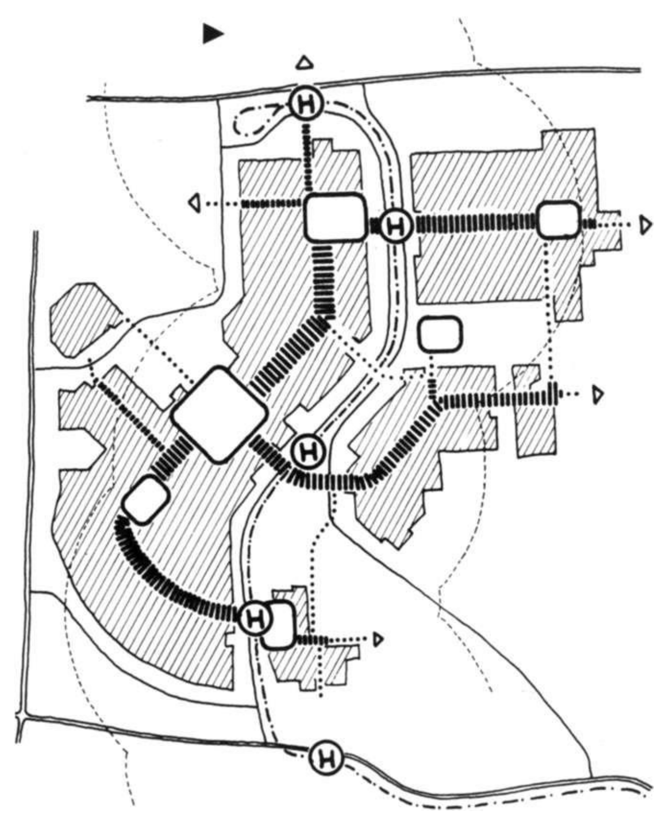


Abb. 102 Verkehrskonzept für das Experimentalwohngebiet Olvenstedt

das Gebiet über drei randbegrenzende Straßen an das Hauptnetz der Stadt sowie an die Fernverkehrsstraße 1 (heute B 1) angeschlossen werden. Die "Primärerschließung" (Fernwärme und Elektroenergie) wird über eine Komplexstation am Ostrand des Gebiets herangeführt, die aus einem eigenen Umspannwerk und einer Fernwärmeübergabestation besteht[76]. Mit dem experimentellen Charakter des neuen Wohngebiets werden besondere Erwartungen an die Wohnqualität, die baulich-künstlerische Gestaltung und die Verwendung der weiterentwickelten Wohnungsbauserie 70 (WBS 70) gestellt. Mit der These, daß es "keine einheitlichen Forderungen an die Wohnumwelt" gibt, werden die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, der älteren Bürger - die verstärkt aus den Altbaugebieten hierher ziehen - und erstmals auch behinderter Menschen betont. Das Wohngebiet soll ein bestimmtes Maß an Intimität haben und gerade in Magdeburg, wo die spezifischen Produktionsbedingungen für viele Werktätige Schichtarbeit und besondere Belastungen bedeuten, soll ein von Verkehrslärm freier Wohnbereich entwickelt werden[77].

Anfang 1977 wird im Kreis der Projektpartner vom Büro des Stadtarchitekten und der Bauakademie der DDR eine Entwurfsklausur durchgeführt, die für den Bereich zwischen dem Dorf Olvenstedt im Westen, der Siedlung Nord-West im Osten und den Kleinhaussiedlungen Lindenweiler und Kranichstieg im Süden (vgl. Abb. 100) Strukturideen liefern soll. Anknüpfungspunkte bilden die baumbestandene Allee zum Dorf, tangentiale Straßenverbindungen im Norden und Westen und die Maßgabe für die Erschließung durch eine Straßenbahnlinie. In den autorisierbaren Skizzen der Vertreter des Büros des Stadtarchitekten sind verschiedene "Handschriften" ablesbar, die bei der Suche nach einer "leistungsfähigen Grundstruktur" aufeinandertreffen. Der Planungsansatz im Büro des Stadtarchitekten von Magdeburg setzt sich gegen einigen Widerspruch der Vertreter der Bauakademie durch, (vgl. Abb. 101) so daß im April 1977 der erste Modellentwurf für den Experimentalwohnkomplex vorliegt. Die Planungsidee knüpft an die Urbanen Qualitäten der innerstädtischen Fußgängerzonen (z. B. von Weimar oder Potsdam) an und formuliert eine etwa 1,5 km lange Fußgängerachse, die die einzelnen Wohnbereiche verbinden soll, wobei die Straßenbahn auf einem eigenem Gleiskörper und wegen der erforderlichen Lärmabstände in einiger räumlicher Entfernung parallel dazu geführt wird (vgl. Abb. 102). Das Wohngebietszentrum soll sich "Am Stern" entwickeln. Nach Auffassung des Komplexarchitekten erfährt mit einer solchen Gliederung die strukturelle Grundlösung von großen Wohnungsneubaugebieten (sozialistischen Wohnkomplexen) eine qualitative Ausweitung, weil sie sich nicht mit der einfachen Polarisierung zwischen Zentrum und Wohnbereich begnügt[79].

---

[75] Hier befindet sich eine der wenigen Raststätten auf der Transitstrecke zwischen Berlin-West und der Grenzübergangsstelle Marienborn.

[76] vgl. Kirsch, H., 1978, S. 588

77 ebenda, S. 589

[78] Diese Aussagen sind einem Vorlesungsmanuskript des Komplexarchitekten S. Klügel entnommen, das im Jahre 1982 an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar zum Vortrag kam.

[79] vgl. Klügel, S., 1984, S. 402

Abb. 103 Konzept zum öffentlich Raumsystem (Darstellung S. Klügel)

